Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft J. V.: R. Matthaus, für den übrigen Teil: Richard Matthaus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 4.

Nr. 167. Mittwoch, 20. Juli 1927. 2. Jahrgang.

Vor zehn Jahren.

Zum 10jährigen Jubiläum der Friedensresolution vom 19. Juli 1917.

„Jeder Versuch, in Deutschland zur Vernunft zu reden und zu retten, was gerettet werden konnte, ist ja mit militärischen Knüppeln totgeschlagen worden".

(Erzberger, Nationalversammlung vom 25. Juli 1919).

An den Flügeltüren des Vorsaals zum Saal 12 im Obergeschoß des Reichstags, wo der Hauptausschuß heute noch tagt, alles durch Diener dicht abgeriegelt, im Lande draußen ein Volk, das zum Sterben müde ist, von der ungeheuren Last dreier Durchhaltejahre, an den Fronten der unaufhörliche Donner zermürbender Offensiven — unter diesen Auspizien wurde die Friedensresolution geboren. Das Volk wollte Frieden. Von den großtuerischen Versprechungen der Obersten Heeresleitung war nichts erfüllt, die sechs Monate seit der Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges im Januar abgelaufen, ohne daß England Anstalten machte, „in die Knie zu gehen", ein vierter Kriegswinter stand vor der Tür. Die Atmosphäre war bis zur Unträglichkeit gespannt.

Das Gewitter brach in den ersten Tagen des Juli los, als die Regierung wieder eine Kriegskreditvorlage einbrachte. Erzberger machte den Vorstoß, weist auf die ungeheuerlichen Rechenfehler der Marineleitung und das fläsche Versagen des U-Bootkrieges hin und fordert das, was die Sozialdemokratie vom ersten Tag des Krieges an gepredigt hatte: Verständigungsfrieden, Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Man kann die Bestürzung verstehen, die die Regierung erfaßte. Wenn das Zentrum sich auf die Seite der Sozialdemokratie schlug, war ein Schwergewicht da, gegen das sich auch ohne parlamentarisches Regiment auf die Dauer nicht regieren ließ. Der Kaiser erscheint sofort in Berlin; Ludendorff und Hindenburg folgen nach, allein Bethmann verbittet sich die Einmischung von Militärs in rein politische Fragen.

Ein ungeheures Ringen hinter den Kulissen. Die Krise ist da. Debatten im Hauptausschuß. Scheidemann spricht offen aus, was schon alle längst denken: „eine militärische Entscheidung ist unmöglich. Man muß dem Volk, das am Ende seiner Kraft ist, sagen, daß dieser unglückselige Krieg nicht etwa fortgesetzt wird, weil wir zu einem Verständigungsfrieden nicht bereit wären". Selbst Stresemann, trotz seines Annexionismus' offenbar nicht völlig erblindet, sprach von einem „Aufschrei der Menschen gegen den vierten Kriegswinter", der durch die ganze Welt geht. Oberst Bauer taucht auf. Empfänge der Parlamentarier beim Kronprinzen, die Intriguen sind im vollen Gange. Aus dem Kampf um die Verständigungspolitik wird ein Kampf um den Kanzler: Bethmann-Hollweg soll gehen. Die Annexionisten spielen ihren Trumpf aus: Ludendorff geht, wenn Bethmann bleibt. Stresemann macht sich zu ihrem und der Obersten Heeresleitung Sprecher im Ausschuß, und das Zentrum schließt sich unter Erzbergers Führung an. Die Forderung der Sozialdemokraten: Bekenntnis zum Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und gleiches Wahlrecht in Preußen, sind der einzige ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht.

Der Umstand, daß Erzberger sich zum Rufer im Streit gegen Bethmann machte, besiegelt dessen Schicksal. „Es war mir klar, daß aus einem mit weitem Vertrauen bedachten Anhänger über Nacht ein persönlicher Gegner geworden war", schreibt Bethmann darüber in seinen Memoiren. Ob Erzberger nicht sah, daß er mit dieser Forderung zum Werkzeug der Obersten Heeresleitung wurde? Jenen war Bethmann zu „schlapp", diesen erschien er zu belastet für den Friedensschluß. Der Verbindung beider Strömungen konnte er nicht standhalten. Er ging am 12. Juni nachmittags. Die dem Kaiser bereits offen angekündigten Abschiedsgesuche von Hindenburg und Ludendorff gaben den Ausschlag. Stresemann und auch Erzberger dachten an Bülow als Nachfolger. Es kam Michaelis, das willenloseste Instrument, das die Oberste Heeresleitung je in ihren Händen gehabt hat.

Es kam auch die Friedensresolution. „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Ablehnung aller Pläne auf wirtschaftliche Absperrung nach dem Krieg. Sicherstellung der Freiheit der Meere. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern". Das waren die Hauptpunkte, ein unanfechtbares Bekenntnis zu einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen. Aber es war und blieb ein Bekenntnis des Reichstags und keines der Regierung. Alles kam darauf an, auch die Reichsregierung zu diesem Bekenntnis zu bringen. Allein die Besprechungen mit der Obersten Heeresleitung und Michaelis brachten fortgesetzt die Gefahr der Verwässerung; die Oberste Heeresleitung wünschte — Hindenburgs berühmtes Wort — „mehr Pfeffer, meine Herren, mehr Pfeffer!" zu verwirklichen und vor weiteren Verstümmelungen wurde sie nur durch die entschlossene vorzeitige Publikation im „Vorwärts" behütet, nach der es kein Zurück mehr gab. Nun war sie da — aber gelebt hat sie nie, denn am Tage, wo sie feierlich im Plenum angenommen wurde, wurde sie schon entwertet und zerfetzt durch das hinterhältige Wort des neuen Kanzlers, der in seiner Antrittsrede sagte: „Die deutschen Kriegsziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie jetzt auffasse, erreichen". Damit war alles zerstört.

„Ihrer" Resolution — nicht meine, nicht unsere, nicht der Regierung Resolution! — Auch hier wieder das deutliche Abrücken, ganz deutlich gemacht durch das katastrophale „wie ich sie auffasse". Der Reichstag erstrebt . . . aber was erstrebte die Reichsregierung? Die Welt wußte, daß die Reichsregierung und nicht der Reichstag — ganz zu schweigen von den Diktatoren der O. H. — der entscheidende Machtfaktor war, auf dessen Meinung es ankam.

An diesen Fehlern krankte die Friedensresolution. Ihr Unglück war, daß sie nie gelebt hat. Eine moralische Offensive unter der Parole: „Verständigungsfrieden" wäre die beste Ergänzung der Kriegführung, eine politische Ueberflügelung wirkungsvoller als alle Frontalangriffe, gewesen. Was allein hätte es bedeutet, wenn mit ihr bei dem Frieden von Brest-Litowsk ernst gemacht worden wäre! So blieb sie ein Scheinsieg, ein Ueberrumpelungserfolg über die Rechte und OHL., die bei dem Vorstoß der Linken „untergetaucht war wie das schnellste U-Boot". Ohne feste Mehrheit, die entschlossen war, für die am 19. Juli proklamierte Grundsätze auch zu kämpfen, würde die Friedensresolution ein wertloses Stück Papier. Als der Friede von Brest-Litowsk aber kam, standen die beiden sozialdemokratischen Parteien mit ihrem Protest gegen diesen offenkundigen Annexionismus, der den Grundsätzen der Friedensresolution ins Gesicht schlug, allein auf weiter Flur.

Die Idee des Verständigungsfriedens verschwand am Horizont. Im Frühjahr 1918 schrieb der „Vorwärts": „Freiheit, nicht Eroberung, wurde uns im August 1914 verheißen, und diese Verheißung wurde im Juli 1917 wiederholt. Eroberung nicht Freiheit spricht die harte Sprache der Tatsachen heute zu uns im Mai 1918".

Es ist ein Stück Weltgeschichte, das sich um die Friedensresolution rankt und zugleich wieder einmal ein Stück deutsches Trauerspiel, denn hier am 19. Juli gabelte sich der Wegins Freie oder in den Zusammenbruch. Es war die letzte Gelegenheit, den Weltkrieg zu gewinnen, in dem man ihn nicht verlor. Zu gewinnen, in dem man den „Schrei nach Frieden" zu einem Faktor der Politik machte. Statt dessen jagte man in wahnwitziger Verblendung dem Phantom des Schwertfriedens nach. In einer Front, die von Westarp bis zu Stegerwald (!) und noch weit darüber hinaus reichte! Knüppelte jeden nieder, der nur das Wort „Verständigung" laut auszusprechen wagte, auch wenn er Erzberger hieß, der für seine Mitwirkung am Sturze Bethmanns von der OHL. mit Zensur und Drangsalierung überbelohnt wurde. Gründete die Vaterlandspartei mit Tirpitz und Kapp ausschließlich zu diesem Zweck, alles was nach Friedensresolution roch, auf der Stelle totzuschlagen, und führte nach Direktiven von oben den erbärmlichen Verfolgungsfeldzug gegen die USP. Die Schreier und Hetzer von damals werden niemals begreifen, daß ein Scheidemann und Verzichtfrieden tausendmal besser gewesen wären, als jedes Versailles.

So steht denn der 19. Juli 1917 und die Friedensresolution in ganz anderem Sinne in der Geschichte des deutschen Volkes als „dies ater schwarzer Tag" verzeichnet, als jene meinen, die in die Beschimpfungen des Herrn Ludendorff einstimmen, sie sei ein Ausdruck von „Lobedienerei vor dem Feind, Knechtsinn, unmännliches, feiges Denken".

Mit dem Vormarsch der Wahrheit hat auch die Friedensresolution längst ihre Rehabilitierung erfahren. „Die Friedensresolution konnte wenig mehr verderben, weil nichts mehr zu verderben war". Dies ist das Urteil des im Kriege freikonservativen Abgeordneten Bredt in seinem Sachverständigen-Gutachten an den Untersuchungsausschuß des Reichstages. „Sie war im Grunde nichts anderes als der Gedanke Bismarcks, als er 1866 dem siegreichen Feldherrn in den Arm fiel und über seinen Kopf hinweg den Sieg von Königgrätz zu einem Verständigungsfrieden für Oesterreich gestaltete". So richtig und so bedeutsam diese Erkenntnisse aber heute sein mögen, so kommen sie doch zu spät. Es heißt, daß die Geschichte nur das lehrt, daß die Völker nichts aus ihr lernen.

Hoffen wir, daß die Erfahrungen vom Juli 1917 nicht umsonst gewesen sind, dazu war das Lehrgeld, daß das deutsche Volk im Weltkriege gezahlt, doch zu schwer.

Curso Wierendorff.

Abbruch des Verkehrsstreik.

Wien, 18. April. Das Leben nimmt in Wien langsam wieder normale Formen an. Die Geschäfte sind seit Montag auch im Stadtzentrum restlos geöffnet. Das Verkehrspersonal ist ebenfalls wieder voll in Tätigkeit, so daß die Straßen am Montag das alltägliche Bild zeigten. Der Streik der Eisenbahner sowie Post- und Telegraphenbeamten dauerte jedoch noch an. Seine Beilegung bildete im Laufe des Tages den Gegenstand fortgesetzter Verhandlungen zwischen dem Bundeskanzler und den Führern der österreichischen Sozialdemokratie. Nachmittags trat der erweiterte Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission zu einer Sitzung zusammen. Auf Vorschlag des Bürgermeister Seitz und von Otto Bauer wurde beschlossen, **den Verkehrsstreik in der Nacht vom Montag zum Dienstag um 12 Uhr abzubrechen.**

Der Streikabbruch wird damit begründet, daß der technische Streik, über dessen äußerst tiefwirkende Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben sich die leitenden Körperschaften der Arbeiterbewegung durchaus im klaren sind, seine Wirkung getan habe. Die Gefahr einer Ausnutzung des blutigen Dramas von Freitag und Sonnabend im Interesse der Reaktion sei schon abgewendet. Das habe der Protest und der technische Streik erreicht. Er habe gleichzeitig die Stärke der Arbeiterklasse gezeigt. Nicht geschwächt gehe die Arbeiterklasse aus diesem Kampfe hervor, den sie mit Rücksicht auf das Gesamtwohl und auf die Erhaltung ihrer Kampfkraft abbreche.

Die Gefahren für die Republik, von denen in dem Beschluß der Generalstreikleitung die Rede ist, bestehen vor allem in den bewaffneten Heimwehren. Sie setzen sich aus den gegen die Arbeiterschaft verhetzenden Bauernburschen zusammen. Ihr Einmarsch in die Provinzstädte kann die schlimmsten Folgen haben und den Bürgerkrieg entfesseln.

Die Zeitungen erscheinen wieder.

Wien, 18. Juli. Am Montag nachmittag sind sämtliche Wiener Zeitungen wieder erschienen, nachdem bereits am Montag ein antisozialistisches Hetzblatt auf irgendeine dunkle Weise hergestellt und vertrieben worden war. Der linkssozialistische „Abend", der sich mit aller Schärfe gegen die Polizeiaktion wandte, wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Inzwischen war aber eine gewaltige Auflage des Blattes verkauft worden. Auch die „Arbeiter-Zeitung" ist wieder erschienen.

Die Gemeindeschutzwache.

Wien, 18. Juli. Die Gemeindeschutzwache, die man nur in den Außenbezirken antrifft, ist einheitlich schiffgrün uniformiert, sie trägt die Pistole verborgen und ist durch eine weißrote Armbinde in den Farben und mit dem Titel der Stadt Wien als Gemeindewache gekennzeichnet. Zum Leiter dieser 900 Mann starken und vorläufig nur für zehn Tage aufgestellten Gemeindeschutzwache ist der Vorsitzende des Republikanischen Schutzbundes, Nationalrat Julius Deutsch, von dem Bürgermeister, Genossen Seitz, ernannt worden. Die Gemeindeschutzwache hat bereits wiederholt bei kleineren Zwischenfällen eingegriffen und immer eine friedliche Lösung gefunden.

Der italienische Gesandte in Wien und der Vertreter eines anderen Staates — vermutlich England — haben gegen die Errichtung der Gemeindeschutzwache protestiert, weil sie angeblich dem Friedensvertrag widerspricht. Die österreichische Regierung hat auf die Proteste erwidert, daß die Errichtung der Schutzwache ohne ihre Zustimmung erfolgt sei.

87 Tote.

Die Zahl der Toten ist am Montag auf 87 gestiegen. Wahrscheinlich ist die Zahl der Opfer noch nicht erschöpft, da in den Spitälern noch eine ganze Reihe von Schwerverletzten mit dem Tode ringt.

Revision gegen das Urteil.

Wien, 19. Juli. (Eig. Funkmeld.) Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil im Schattendorfer Prozeß Revision eingelegt.

Truppenverstärkungen an den Grenzen.

Wien, 19. Juli. (Eig. Funkmeld.) Von der Südgrenze wird gemeldet, daß sowohl die Italiener wie die Zugoslawen ihre Grenztruppen um je 5 000 Mann vermehrt hätten, daß man jedoch von wesentlichen Truppenvermehrungen nicht sprechen kann. Die im Ausland verbreiteten Gerüchte von einer **Intervention ausländischer Regierungen** der Nachbarstaaten werden sogar von der österreichischen Regierung **in das Reich böswilliger Erfindung** verwiesen: Ebenso falsch ist das Gerücht, daß **auf den Bundeskanzler ein Anschlag geplant gewesen sei.**

Prag bleibt neutral.

Prag, 19. Juli. (Eig. Funkmeld.) Die Regierung hat am Montag erklären lassen, daß sie gegenüber den Vorgängen in Wien strengste Neutralität beobachten werde und daß alle Gerüchte über eine Intervention falsch seien.

Der Grenzübertritt nach Italien gesperrt.

Berlin, 19. Juli. (Eig. Funkmeld.) Wie die „Vossische Zeitung" meldet, soll der Grenzübertritt nach Italien für Oesterreicher, gleichgültig, ob sie ein Einreisevisum besitzen oder nicht, seit Montag vormittag gesperrt worden sein.

Ein Telegramm der französischen Partei.

Paris, 19. Juli. (Eig. Funkmeld.) Der Generalsekretär der sozialistischen Partei und der Abgeordnete Blum der sozialistischen Kammerfraktion haben an den Bürgermeister von Wien, Gen. Seitz, folgendes Telegramm gerichtet: „Die französische sozialistische Partei drückt den Arbeitern, die Opfer der Bewegung wurden, ihr Beileid aus und versichert der österreichischen Demokratie ihrer brüderlichen Sympathie in diesen ernsten Tagen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270720-15/fragment/page=0001

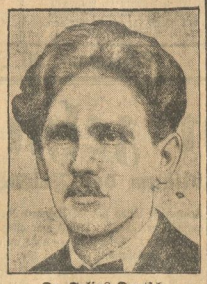
Der Justizpalast mit Benzin angesteckt.

Eine ganze Reihe Brandstellen.

Wien, 18. Juli. (Eig. Funkmeld.) Zu der Anzündung des Justizpalastes kann mitgeteilt werden, daß die amtl. Untersuchung der Feuerwehr eine ganze Menge Brandstellen im Gebäude ergeben hat. Es ist auch festgestellt worden, daß Benzin zur Verbreitung des Feuers verwendet worden ist, gegenüber der einen Seite des gewaltigen Palastes ist eine Benzinabgabestelle für Autos. Der Verwalter wollte, als die Menschenmenge vor dem Palast aufzog, schließen, wurde aber daran gehindert und die Leute versahen sich aus seinem Vorrat mit den Zündstoffen. Ueberflüssig zu sagen, daß organisierte Arbeiter, denkende Sozialdemokraten an solchem Vorhaben nicht beteiligt waren. Es wird von ganz ruhigen bewährten Parteigenossen in verantwortlicher Stellung auf das Allerbestimmteste und immer wieder versichert, daß tatsächlich Polizisten aus den Fenstern des Justizpalastes auf die Menge geschossen haben, wobei sie selbst in ziemlich gesicherter Stellung waren. Aber wie man die Wut der Massen auf die Attacken der Polizei zurückführen muß, so muß man auch die Erregung der Polizei darauf zurückführen, daß sie schon ziemlich bald am Vormittag 5 ihrer Mitglieder verloren hatte, die von innerlich aufgewühlten Menschen zu Tode mißhandelt worden sind.

Straßenbild aus Wien.

Vor dem Parlament mit dem erstürmten und in Brand gesteckten Justizpalast im Hintergrunde.



Dr. Julius Deutsch, der ehemalige Wehrminister u. Führer des republikanischen Schutzbundes.

Oesterreich wird nicht bolschewistisch.

Wenn es ein Land in Europa gibt, in dem scheinbar alle Voraussetzungen für eine freigeiche revolutionäre Erhebung der Arbeiterschaft und für die Errichtung der proletarischen Diktatur gegeben sind, so ist das die Republik Deutsch-Oesterreich. Und doch erweist sich bei nüchterner Betrachtung selbst das rote Wien als ein Boden, der für bolschewistische Experimente gar ungeeignet ist und wo nur die Anwendung demokratischer Mittel eine dauernde Machtausübung durch die Arbeiterklasse gewährleistet.

Ohne Zweifel ist die österreichische Arbeiterschaft die bestorganisierte der ganzen Welt. Mit verschwindenden Ausnahmen sind alle Proletarier freigewerkschaftlich organisiert, der österreichische Sozialismus ist von der kommunistischen Zersetzungskrankheit fast unberührt geblieben und ein nicht geringer Teil des Mittelstandes und der Intellektuellen steht, teils aus politischer Ueberzeugung, teils aus materiellem Interesse (Mieterschutz) auf der Seite der sozialdemokratischen Partei. Darüber hinaus ist der weitaus größte Teil des kleinen Bundesheeres sozialdemokratisch gesinnt und freigewerkschaftlich organisiert, sogar ein nicht geringer Prozentsatz der Heeresoffiziere ist aktiv für die Partei tätig. Der gegenwärtige christlich-soziale Heeresminister Vaugoin hat zwar mit den verschiedensten kleinlichen und oft schikanösen Maßnahmen versucht, diese für die bürgerliche Bundesregierung höchst fatale Tatsache zu ändern, zum Beispiel durch Versetzung sozialdemokratischer Offiziere in die entlegensten Provinzgarnisonen und umgekehrt durch planmäßige Zusammenziehung möglichst viel christlich-sozialer Bauernsöhne in die Wiener Bataillone, sowie durch Bevorzugung solcher Bauernsöhne beim Heeresnachwuchs — und doch bleibt die kleine Wehrmacht in ihrer großen Mehrheit, sogar in der Hauptstadt, ein Instrument, das im Ernstfalle auf der Seite des arbeitenden Volkes stehen würde.

Es kommt noch hinzu, daß die Schutztruppe der Partei, der Republikanische Schutzbund, eine vorzügliche disziplinierte Masse darstellt, die zwar nicht offiziell, aber auf Grund einer stillschweigenden Vereinbarung mit der bürgerlichen Regierung im Notfalle über Waffen verfügt.

Man müßte nun meinen, daß unter solchen Umständen nichts leichter für die Sozialdemokratie sein müßte, als die Errichtung der proletarischen Diktatur. Die Versuchung ist in der Tat sehr groß, besonders bei einem solchen Anlaß, wie der spontane Ausbruch des Volkszornes gegen den fortgesetzten Freispruch reaktionärer Arbeitermörder. Und doch hat die österreichische Parteileitung ihre guten Gründe, selbst in einer solchen Situation von den demokratischen Grundsätzen nicht abzuweichen, die sie auf ihrem letzten Parteitag in Linz nachdrücklichst unterstrichen hat, und die bolschewistischen Methoden, die sie stets in der Praxis mit Entschiedenheit verworfen hat, auch heute kategorisch abzulehnen.

Angenommen, die Partei würde mit Hilfe der Arbeiterklasse und des Bundesheeres die Macht an sich reißen, was wären die Folgen? In Wien würde sie die Lage eine Zeitlang zweifellos beherrschen, ebenso in Graz, Linz, Innsbruck und Salzburg — den einzigen größeren Städten Oesterreichs — obwohl schon bei diesen letzteren Städten die Sache zweifelhaft wäre, weil die Umgebung rein bäuerlich, d. h. stark christlich-sozial und zum Teil antirepublikanisch.

Auf dem Lande würde dagegen die Gegenrevolution der durch die Kirche fanatisierten Bauern einsetzen, der Lieferstreik gegen die Städte würde sehr bald, vor allem in Wien, eine katastrophale Lebensmittelnot zur Folge haben, der politische Zerfall des langgestreckten, gebirgigen österreichischen Staates, die Isolierung Wiens vom übrigen Lande wäre unvermeidlich.

Hinzu kommt die wirtschaftliche Lage, die schon jetzt dauernd trostlos ist und die nur durch künstliche Mittel, insbesondere durch die niedrigen Arbeiterlöhne, die wiederum durch die Mietefreiheit ermöglicht wird, einigermaßen in Gang bleibt. Die großen wirtschaftlichen Kräfte, vor allem die Banken, sind ausschließlich in der Hand des internationalen Großkapitals; sie würden natürlich ihre Dienste einer proletarischen Diktaturregierung versagen, die gesamte Wiener Industrie müßte nach höchstens einer Woche ihre Tore schließen und dagegen würde man mit der Sozialisierungsparole nicht im geringsten aufkommen können.

Und schließlich die außenpolitische Lage: Wien liegt etwa 20 Kilometer von der tschechoslowakischen, 30 Kilometer von der ungarischen Grenze entfernt. Horthyungarn, das den Verlust des Burgenlandes nie verschmerzt hat, würde zweifellos die Gelegenheit wahrnehmen, um dort einzumarschieren und zumindest dieses Gebiet, wenn nicht sogar darüber hinaus Teile von Niederösterreich zu besetzen. So wie heute die politische Lage in Europa ist, würden die Großmächte keinen Finger rühren, um Oesterreich dagegen zu schützen, im Gegenteil, die konservative Regierung Englands, die seit jeher mit der ungarischen Reaktion sympathisiert hat, würde diesen Vorstoß gegen das rote Wien lebhaft unterstützen, ebenso das faschistische Italien, dem die Wiener Sozialdemokratie stets ein Dorn im Auge war und das neuerdings mit Horthy verbrüdert hat.

Die bloße Aufzählung dieser wirtschaftlichen und außenpolitischen Gründe beweist zur Genüge, daß selbst, wenn eine sozialdemokratische Diktaturregierung aus innerpolitischen Gründen für Oesterreich möglich wäre, sie nur von sehr kurzer Dauer sein könnte. Was dann käme, wäre Chaos, Zusammenbruch, Faschismus. Die Haltung der Parteileitung, die sofort von den unverantwortlichen brandstiftenden Elementen entschieden abgerückt ist, den Generalstreik auf 24 Stunden beschränkt hat und die Erreichung der politischen Forderungen durch einen Verkehrsstreik verfolgt, beweist, daß unsere österreichischen Genossen die tatsächliche Lage richtig einschätzen. Sie werden sich durch die kommunistischen Phantastereien nicht beirren lassen. Daß sie die Voraussicht und den Mut besitzen, in einer solchen gespannten Lage zu „bremsen", ist eine Großtat, für die ihnen die gesamte internationale Arbeiterbewegung dankbar sein muß: Denn dadurch allein wird einer der unentbehrlichsten Aktivposten der Sozialdemokratischen Internationale schlagkräftig erhalten und vor dem Zusammenbruch bewahrt, zu dem die Befolgung kommunistischer Ratschläge unrettbar führen würde.

Ein Aufruf Hörsings.

Magdeburg, 18. Juli. Der Bundesvorstand des Reichsbanners, Genosse Otto Hörsing, richtet an alle Reichsbannerkameraden und Republikaner im Reich folgenden Aufruf:

„Ein österreichisches Gericht in Wien hat faschistische Mörder freigesprochen. Eine Explosion des Volkszornes war die Folge. Ungeeignete Maßnahmen der Polizei gaben disziplinlosen und verbrecherischen Elementen die Möglichkeit, durch Brandstiftung und ähnliche Untaten das Ansehen der österreichischen Republikaner zu gefährden. Die Hitzlosigkeit der österreichischen Regierung hat das Unheil zu einer Katastrophe werden lassen und dann unsere Kameraden des österreichischen Schutzbundes zu Hilfe gerufen, die im heroischen Kampfe das Chaos verhütet, die Unruhen lokalisiert, das Blutvergießen beendet haben.

Zum Dank für diese Rettungstat wird der Schutzbund jetzt in schmählichster Weise von Faschisten und Kommunisten verleumdet und beschimpft. Reaktionäre und Kommunisten scheuen sich nicht, ihre Hoffnung auf bewaffnete Interventionen ungarischer und italienischer Faschisten zu setzen.

Den Kameraden vom Republikanischen Schutzbund Oesterreichs dankt das Reichsbanner Schwarzrotgold für seine Tat, die dem inneren und äußeren Frieden dient. Wir geloben dem Schutzbund unverbrüchliche Treue und Freundschaft und sichern ihm volle Unterstützung zu. Die von Spitzeln durchsetzten faschistischen und kommunistischen Organisationen suchen auch in Deutschland Unruhe zu stiften, um dann im trüben zu fischen, wie sich aus vielen Nachrichten der letzten Tage klar ergibt.

Wir warnen alle Provokateure klar und eindeutig, es nicht zu versuchen, die österreichischen Vorkommnisse in Deutschland zu wiederholen.

Unseren Kameraden aber rufen wir zu: Haltet unsere Reihen sauber, stärkt die Disziplin! Die am nächsten Sonntag in Magdeburg stattfindende Reichskonferenz unseres Bundes wird unser Handeln für die nächste Zeit bestimmen".

Der Ortsbrief 10 Pfennig?

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Reichspost hat am Dienstag beschlossen, das Porto für den einfachen Ortsbrief, das bisher 5 Pfennig beträgt, auf 10 Pfennig zu erhöhen. Die amtliche Meldung, die dieser Beschluß mitteilt, stellt die Sache so dar, als ob die Erhöhung des Ortsbriefportos eine unumgängliche Maßnahme sei. Angeblich wollte man Schlimmeres verhüten. Tatsächlich ist der Hergang des Beschlusses ein anderer.

Zurzeit beträgt das Porto für den einfachen Ortsbrief 5 Pfennig, und zwar innerhalb jeder Gemeinde. Der Postminister hatte ursprünglich beantragt, diesen Satz auf 10 Pfennig zu erhöhen. Das hat der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats im Juni abgelehnt. Er setzte die Gebühr allgemein auf 8 Pfennig fest. In der neuen Vorlage hat nun der Postminister diesen Satz von 8 Pfennig für den einfachen Ortsbrief zwar übernommen, doch wollte er ihn nur in Gemeinden bis zu 100 000 Einwohnern zulassen. Alle größeren Gemeinden sollten im Ortsverkehr die Fernpostgebühren zahlen. Wäre dieser Antrag durchgegangen, so hätte der einfache Brief statt bisher 5 jetzt 15 Pfennig gekostet. Der Arbeitsausschuß ist ihm jedoch nicht gefolgt und hat die Begrenzung des Ortsverkehrs auf Gemeinden bis zu 100 000 Einwohnern gestrichen. Gleichzeitig hat er aber die von ihm — im Juni selbst beschlossene! — Ortsbriefgebühr von 8 auf 10 Pfennig erhöht. Er hat sich also den weitergehenden Vorschlag des Postministers vom Mai zu eigen gemacht. Das bedeutet gegenüber den Beschlüssen des Arbeitsausschusses vom Juli eine erhebliche Verschlechterung. Keine noch so schön gefärbte Darstellung kann daran etwas ändern. Jetzt besteht noch die Gefahr, daß auch die Gebühr für die Fernpostkarte auf 10 Pfennig festgesetzt wird, wenn die bisherige Relation zwischen dem Ortsbrief und der Fernpostkarte bestehen bleiben soll. Im Juni hatte man für die Fernpostkarte eine Gebühr von 8 Pfennigen festgesetzt.

Die neuen Beschlüsse des Arbeitsausschusses stehen in schroffem Widerspruch zu den Forderungen des Parlaments. Der Reichstag hat bekanntlich die Beschlüsse des Arbeitsausschusses vom Mai, die eine wesentlich geringere Erhöhung vorsahen, entschieden abgelehnt. Offenbar ist der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Reichspost jetzt, wo der Reichstag nicht versammelt ist, geneigt, selbst den weitestgehenden Wünschen des Postministers zu entsprechen. Wir können uns nicht denken, daß die gestrigen Beschlüsse vom Plenum des Verwaltungsrats, der am 22. Juli tagt, bestätigt werden. Selbstverständlich ist es, daß das Parlament dem nicht ruhig zusehen kann, wenn sich die Postverwaltung über eindeutige Reichstagsbeschlüsse hinwegsetzen **mtk.**

Die Sparer danken Genossen Keil.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: Nach Abschluß der Aufwertungsdebatten im Reichstag sind dem Genossen Keil, der die sozialdemokratische Fraktion ständig im Aufwertungskampf vertreten hat, zahlreiche Dankschreiben aus den Kreisen der Kleinrentner aus allen Teilen des Reiches zugegangen. Besonders bemerkenswert ist ein Schreiben des Professors Bauer aus Nagold in Württemberg, der neben dem Abgeordneten Dr. Best als einer der ersten Führer der deutschen Sparerbewegung gilt. Er sagt in seinem Schreiben an Keil:

„Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen, sehr verehrter Herr Abgeordneter, im Namen des württembergischen Sparerbundes und zweifellos auch der Sparer aus dem ganzen Reich herzlich dafür zu danken, daß Sie sich in so energischer Weise für die Inflationsgeschädigten eingesetzt haben. Nächst Dr. Best sind die Sparer wohl Ihnen am meisten zu Dank verpflichtet, denn nächst Dr. Best haben Sie sich am stärksten für ihre Interessen eingesetzt".

Die Länder gegen Keudell.

Die preußische Unterrichtsverwaltung hat, wie der „Soz. Pressedienst" erfährt, an den Reichsminister v. Keuddell einen entschiedenen Protest gerichtet, der sich gegen die Ausschließung der Unterrichtsverwaltungen der Länder bei der Vorbereitung des Reichsschulgesetzes richtet. Die Beschwerde hebt hervor, daß der frühere Minister Schiele den Ländern Gelegenheit gegeben hat, rechtzeitig ihre Wünsche zu äußern, und Minister Kütz wiederholt versprochen hat, die Länder über seine Pläne zu unterrichten. Als besonders bedenklich aber wird bezeichnet, daß v. Keudell es nicht einmal für notwendig befunden hat, den Achter-Ausschuß zur Sachverständigenberatung mit heranzuziehen, der berufen ist, anstelle des früheren Reichsschulausschusses dem Reichsministerium des Innern Gutachten in Unterrichtsfragen zu erstatten.

Bewaffnete Stahlhelmer.

Berlin, 18. Juli. (Eig. Funkm.) In der Nacht zum Sonntag versammelten sich auf dem Hauptbahnhof in Spandau etwa 1000 Stahlhelmer zu einer Fahrt nach auswärts. Vor der Abfahrt erschien plötzlich ein großes Aufgebot Schupo und nahm eine Untersuchung nach Waffen vor. Es wurden Trommelrevolver, Pistolen, Dolche, Messer, Gummiknüppel, Stahlruten und Schlagringe vorgefunden. 21 Personen wurden festgenommen und ins Polizeipräsidium eingeliefert. Gegen sie wurde Strafantrag wegen verbotenen Waffenbesitzes gestellt.

Poincares Sonntagsrede.

Brüssel, 18. Juli. (Eig. Funkm.) Bei der Einweihung des Denkmals des unbekannten französischen Soldaten in Laeken hielten der König und der französische Ministerpräsident Poincare Ansprachen. Poincare ließ es sich nicht nehmen, auf die belgisch-deutsche Auseinandersetzung über die belgische Neutralität vor Kriegsausbruch einzugehen und dabei den Standpunkt Belgiens nachdrücklichst zu vertreten und gegen die deutschen Behauptungen energisch zu protestieren. Die jetzigen deutschen Verdächtigungen Belgiens hätten den Zweck, eine Revision der Friedensverträge vorzubereiten. Frankreich wie Belgien seien friedliebend und würden jeden Schritt Deutschlands zur Durchführung seiner Vertragsverpflichtungen wie z. B. bei der Schleifung der Königsberger Befestigungen mit Befriedigung anerkennen". Wir wollen Frieden, erklärte Poincare, um in Ruhe und Sicherheit arbeiten zu können u. werden uns deshalb auch nicht durch Unverstand, Mißtrauen und persönliche Angriffe in unseren Friedensbestrebungen entmutigen lassen."

Ein Brief Banzettis.

Paris, 18. Juli. Professor Dana von der amerikanischen Universität Cambridge, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, hat einen Brief von Banzetti erhalten, den die französische Liga für Menschenrechte veröffentlicht. Banzetti dankt darin allen Freunden in Europa für die Ermutigungen, die ihm und seinem Leidensgenossen im Gefängnis zugegangen seien. Er warnt aber davor, indezug auf die Begnadigung zu optimistisch zu sein, denn er befürchte, daß man da eine Enttäuschung erleben werde. Man möge sich keine Illusion über das angebliche Entgegenkommen der staatlichen Behörde von Massachusettes machen. Sie hätte immer so gehandelt, um in letzter Minute ihn und seine Leidensgefährten umso besser erdolchen zu können. Der Brief schließt mit einem Dank an die Freunde in Europa und die europäischen demokratischen Völker, denen er und seine Leidensgenossen die sieben letzten Jahre ihr Lebens verdanken.

Blutiat auf Borkum. Am Montag früh um 4 Uhr hat der Obergefreite Oertel vom Reichswehr-Infanterie-Regiment Nr. 16 den Aushilfskellner Peter Attermann, als er vom Jägerheim auf Borkum heimkehrte, erstochen. Ueber das Motiv zur Tat ist noch nichts Näheres bekannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270720-15/fragment/page=0002

Kleine Chronik.

Opel siegt in Paris.

Dreimal gestartet — dreimal gesiegt.

Opel II,

das einzige deutsche Autoboot im internationalen Wettkampf auf der Seine, schoß mit Fritz von Opel am Steuer jedesmal als erster Sieger durchs Ziel.

Mordtat auf einem Schmugglerschiff.

Berlin, 19. Juli. (Eig. Funkm.). Nach Nachrichten aus Stockholm wurde der Kapitän Schütz des Sprit-Schmuggler-Schiffes Ingeborg aus Swinemünde an der finnischen Küste von einem finnischen Matrosen überfallen und ermordet. Der Mörder, der aus der Schiffskasse 200 000 Finnen-Mark entwendet hatte, konnte verhaftet werden.

Aubele freigesprochen. Der 6. Tag des Aubele-Prozesses brachte am Montag die Plaidoyers des Staatsanwaltes und der Verteidiger. Zuvor wurden noch zwei wichtige Zeugen nachträglich vereidigt: Aubeles Heizer Schroedel, der bekundete, er habe das Signal auf freie Fahrt stehen sehen, und der Blockwärter Werbach, der erklärte, das Signal habe auf Halt gestanden. Rechtsanwalt Aidinger führte aus, daß Aubele nicht der Verantwortliche für das gräßliche Unglück sein könne. Seine ganze Persönlichkeit und seine hervorragenden, lang erprobten Eigenschaften als Lokomotivführer ließen diesen Schluß nicht zu. Aubele habe sich in seinem ganzen Leben eindeutig bewährt und man dürfe annehmen, daß der Mechanismus der Signalapparate versagt habe, nicht der bewährte Mann. Niemand habe ein Interesse an der Verurteilung Aubeles. Wichtiger und von höhrer Bedeutung sei es, daß die Eisenbahnverwaltung aus dem verhängnisvollen Unglück die notwendigen Lehren ziehe und mit allen Mitteln durch Vervollkommnung des Sicherheitswesens ähnliche Vorkommnisse unmöglich mache. Der Verteidiger Frank wandte sich gegen den Wert der Sachverständigengutachten, die er als gefährliche Beweismittel bezeichnete. Das Unglück sei durch Zufall verschuldet, nämlich dadurch, daß die Signalflügel dem Signalhebel nicht gefolgt seien. Beide Verteidiger verlangten Freisprechung des Angeklagten. Der Antrag des Staatsanwaltes lautete dagegen auf 2½ Jahre Gefängnis. Nach 1½stündiger Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: Das Urteil des Schöffengerichts München vom 3. März wird aufgehoben. Aubele wird von der Anklage der fahrlässigen Transportgefährdung, der 28fachen fahrlässigen Tötung und der 274fachen fahrlässigen Körperverletzung unter Ueberbürdung der Kosten der beiden Instanzen auf die Staatskasse freigesprochen. Dieses Urteil wurde von der zahlreichen Zuhörermenge mit größtem Beifall aufgenommen. In der Urteilsbegründung heißt es u. a. Das Beweisverfahren der zweiten Instanz läßt den Verdacht, daß Aubele das Signal überfahren hat, bestehen. Dafür sprechen die Kontrolle und der Befund der Signale. Aber es ist dem Berufungsgericht nicht möglich gewesen, die von Aubele und Schroedel behauptete Tatsache, daß sie in dem maßgebenden Zeitpunkt das Signal auf freie Fahr gesehen haben, in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise zu widerlegen. Bei den während der Verhandlung zur Sprache gekommenen Signalstörungsmöglichkeiten sei es nicht von der Hand zu weisen, daß eine solche auch hier vorgelegen habe und daß die Signale dem Hebel nicht gefolgt sind. Es sei nicht möglich, den Zeugen Schroedel und Werbach eine falsche Aussage nachzuweisen.

Neues Unwetter in Berggießhübel. Am Sonntag abend ging über das unglückliche Städlchen Berggießhübel im östlichen Erzgebirge ein neuer Wolkenbruch nieder, so daß die Gottleuba innerhalb kurzer Zeit von 55 auf 130 cm anschwoll. Nahezu sämtliche Notstege und Notbauten wurden wieder weggerissen und ein großer Teil der Stadt überschwemmt. Der Bevölkerung hat sich eine große Erregung bemächtigt.

Schweres Unwetter über Bielefeld. Nach einem schweren Gewitter brach über dem Teutoburger Wald ein so furchtbares Unwetter los, wie es seit vielen Jahren hier nicht mehr erlebt worden ist. Stundenlang zuckte Blitz auf Blitz im Abstand weniger Sekunden hernieder. Die Wolken schwebten so niedrig, daß sie den Kamm des Gebirges nicht übersteigen konnten und sich über der Stadt entluden. Die Ueberschwemmungen durch den gleichzeitigen Wolkenbruch stellten alle bisher erlebten Gewitter weit in den Schatten. Die Feuerwehr ist bis auf den letzten Mann zur Bekämpfung der Wassernot in den überfluteten Stadtteilen eingesetzt. Noch sind die Einzelheiten nicht zu übersehen. Am schwersten gelitten hat das Godderbaumer Tal, in dem die Anstalt Bethel liegt. Hier jagten wieder reißende Ströme die Hänge herab. In der Turmstraße schmetterte der Blitz einen Hausgiebel herab, der die gegenüberliegende Hausfront beschädigte. Von Menschenverlusten ist bisher nichts bekannt.

Ein dreifacher Frauenmord in Newyork. Am Nachmittag des 11. Juli wurde in dem Battery-Park von Newyork unter Gebüsch versteckt, ein blutbeflecktes Paket gefunden, das zwei abgeschnittene Frauenbeine enthielt. Aber kaum waren die Polizisten mit diesem Funde in ihrem Revier angekommen, und hatten die Meldung an die Zentralstelle weitergegeben, da häuften sich bei dieser die Berichte über ähnliche Funde, die in Brooklyn und Manhatten gemacht worden waren. Aus diesen Meldungen ging deutlich hervor, daß nicht weniger als drei Frauen von unbekannten Tätern ermordet, zerstückelt, und die Leichenteile über ganz Newyork zerstreut sein mußten. Von den ermordeten Frauen waren zwei älter, während die dritte jung gewesen sein mußte. Nach einer Weile meldete die Polizeistation Brooklyn, daß man dort den Kopf einer älteren Frau, ebenfalls in ein Paket verschnürt, gefunden hatte. In diesem befanden sich auch die Gegenstände, die offenbar bei Verübung des Mordes Anwendung gefunden hatten, zwei blutbefleckte Hammer und eine langstielige Axt. Mit Hilfe des aufgefundenen Kopfes gelang es nun festzustellen, daß die eine der ermordeten Frauen Miß S. E. Brownell, die Besitzerin eines Logierhauses in Manhatten sein mußte, die seit mehreren Tagen vermißt wurde. Da mit ihr gleichzeitig die frühere Besitzerin dieser Pension Mrs. Bennett auf rätselhafte Weise verschwand, so war anzunehmen, daß die aufgefundenen Leichenteile der anderen älteren Frau aller Wahrscheinlichkeit Mrs. Bennett angehören mußten, während über die Identität der dritten Ermordeten sich keine Anhaltspunkte gewinnen ließen. Die Polizei nahm dann sofort eine eingehende Untersuchung in dem Miß Brownell gehörigen Logierhaus vor, wo man ebenfalls Leichenteile in einem Ascheneimer entdeckte. Auf Grund des vorgenommenen Verhörs wurden dann von der Polizei zwei Männer unter Mordverdacht in Haft genommen, von denen der eine der Geschäftsführer des Logierhauses ist.

Pseudonyme. Bekanntlich schreibt eine Anzahl Schriftsteller unter Pseudonym. Ebenso gebrauchen Schauspieler und Theaterdirektoren gern andere Namen als ihren eigenen Vatersnamen. Nachfolgend seien einige unserer bekanntesten Pseudonyme enthüllt. Zuerst ist der wirkliche Name genannt, dann, in Klammern, das Pseudonym. Dr. Kurt Tucholsky (Theobald Tiger, Ignaz Wrobel, Peter Panther); Rosa Valentin (Rosa Valetti); Fritz Oliven (Rideamus); Biedermann (Felix Dörmann); Spitzer (Rudolf Lothar); Eduard Schmidt (Kasimir Edschmid); Fritz Schweinert (Peter Scher); Isaacsohn (Eugen Isolani); Weinhöppel (Hannes Ruch); Lewysohn)Rudolf Nelson); Gebr. Schach (Gebr. Rotter); Irmgard v. Günther (Ivogün); Alfred Hentschke (Klabund).

Wohin treibt Pilsudski?

Seitdem der polnische Sejm nach dem Staatsstreich Pilsudskis vom Mai vorigen Jahres freiwillig seine Rechte zugunsten der Regierung eingeschränkt hat, ist sein tatsächlicher Einfluß wie sein Ansehen im Lande im fortgesetzten Sinken begriffen. Der wirkliche Beherrscher Polens, Pilsudski, hat ihn mehr als einmal durch sein Verhalten, ja durch kränkende und beleidigende Worte, seine völlige Mißachtung fühlen lassen, er hat ihn durch den Staatspräsidenten einberufen und nach Hause schicken lassen, wenn es ihm paßte, und niemals ist der Sejm über schüchterne Ausläufe zu einer Opposition hinausgekommen. So erleben wir in Polen das groteske Schauspiel, daß eine Regierung, die überhaupt keine Partei im Parlament hinter sich hat, mit eben diesem Parlament nach Belieben umspringt und damit natürlich den Gedanken der Demokratie und des Parlamentarismus dauernd diskreditiert.

Die kurze, vom Staatspräsidenten brüsk geschlossene letzte Session des Sejms ist für diese Situation charakteristisch. Für den 20. Juni hatte der Staatspräsident Sejm und Senat einberufen, vielleicht um einen dahingehenden Antrag des Sejms zuvorzukommen. Es war von vornherein zu erwarten, daß der Sejm sich mit einer Reihe von wichtigen Fragen befassen würde, darunter auch solchen, in denen ein Gegensatz zur Regierung bestand. Dies gilt insbesondere von den berüchtigten Pressedekreten, die im Sejmausschuß einstimmig abgelehnt wurden. Hiermit aber mußte die Regierung ebenso von vornherein rechnen, wie mit einem Sejmbeschluß, der dem Sejm das Recht, sich selbst aufzulösen, wiedergeben sollte, auf das es im vorigen Jahre zugunsten des Staatspräsidenten verzichtet hatte. Mitten in den Beratungen hat nun die Regierung beide Kammern nach Hause geschickt. Völlig unerwartet verlas der Innenminister Skladkowski — ein General — mitten in einer Sitzung des Senats das Schließungsdekret. Dem Sejm wurde es kurz darauf durch einen Leutnant überbracht.

Dieses Vorgehen der Regierung hat unter den Parteien und den Abgeordneten große Bestürzung hervorgerufen. Eine Zeitlang sah es aus, als würde sich der Sejm aufraffen und mindestens seine Wiedereinberufung erzwingen, die nach der Verfassung auf Antrag von einem Drittel der Abgeordneten erfolgen muß. Aber es ist bezeichnend für die Zerfahrenheit der Verhältnisse, daß ein solcher Antrag nicht zustande kam. Ein Teil der Fraktionen fürchtete, daß die Regierung einen derartigen Antrag mit der Auflösung des Sejms beantworten würde, so daß eine Aenderung der Wahlordnung nicht mehr möglich sein würde. Nur die äußerste Rechte, die Nationaldemokraten und die Polnische Sozialistische Partei kamen zu dem Entschluß, die Wiedereinberufung des Sejms durchzusetzen. Sie hätten zusammen auch die nötige Stimmenzahl aufgebracht, aber sie konnten sich begreiflicherweise nicht entschließen, einen gemeinsamen Antrag zu stellen. So blieb die Regierung ohne Kampf Herrin der Lage, und der Sejm steckte die ihm versetzte Ohrfeige ein.

Die Polnische Sozialistische Partei ist trotz aller alten Anhänglichkeit an Pilsudski schon seit Monaten zur Opposition übergegangen. Sie hat auch an der Schließung der Kammern, die am 13. Juli erfolgte, die schärfste Kritik geübt, und ihr Führer Niedzialkowski warnte erst dieser Tage wieder in einem Leitartikel des Warschauer „Robotnik“ die Regierung in der eindringlichsten Weise, auf diesen Weg der Zerstörung des demokratischen Gedankens weiterzugehen, an dessen Ende nur der Faschismus oder der Kommunismus stehen könne. Er warf dem Kabinett dabei vor, daß es den Zersetzungsprozeß des polnischen Parlamentarismus bewußt fördere und protestierte im Namen der polnischen Sozialisten gegen diese Politik und diese Taktik. Man wisse nicht, so schließt er, ob das Vorgehen der Regierung noch eine Farce oder bereits ein Drama sei.

Man muß dem Führer der Polnischen Sozialistischen Partei Recht geben, daß in Polen eine äußerst gefährliche innere Entwicklung im raschen Fortschreiten begriffen ist. Bei der noch längst nicht stabilisierten Stellung Polens in Osteuropa kann diese Entwicklung auch für seine Nachbarstaaten nicht gleichgültig sein.

*

Vor einem Eisenbahnerstreik?

Warschau, 18. Juli. Der Vorstand der Polnischen Sozialistischen Partei hat beschlossen, die Opposition gegen die Regierung noch mehr zu verschärfen. Voraussichtlich wird als Antwort auf die Haltung des Eisenbahnministers ein Generalstreik oder ein Eisenbahnerstreik proklamiert werden. Außerdem wurde beschlossen, den Minister für öffentliche Arbeiten sowie den Arbeitsminister aufzufordern, aus der gegenwärtigen arbeiterfeindlichen Regierung auszutreten.

Inzwischen hat die Lage eine weitere Verschärfung erfahren. Die Bauernpartei, die bisher die Regierung unterstützte, ist ebenfalls zur Opposition übergegangen. Sie fordert in einer Resolution die Auflösung des Sejm und Senats, da die Regierung jede parlamentarische Tätigkeit unmöglich mache.

Radio-Dienst des „Tageblatt“.

Ein Prälat wegen Bestechung verhaftet.

Berlin, 19. Juli. (Eig. Funkm.). Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Budapest meldet, soll dort der fürstliche Prälat, Universitätsprofessor Hofrat Dr. Joseph Siegescu auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet worden sein. Er wird beschuldigt, Beamte der Universitätskliniken zur Annahme von Bestechungsgeldern angestiftet und die erhaltenen Provisionen mit ihnen geteilt zu haben. Siegescu ist Vizepräsident der ungarischen Regierungspartei und hat während der letzten Parlamentswahlen eine führende Rolle gespielt. Umso größer ist das Aufsehen, das seine Verhaftung erregt.

Frau Borodin in Sicherheit.

London, 19. Juli. (Eig. Funkm.). Nach Nachrichten aus Peking soll dort auf Befehl der Regierung eine neue Durchsuchung der russischen Gesandtschaft stattgefunden haben. Frau Borodin, deren Festnahme das Vorgehen vor allem galt, konnte nicht aufgefunden werden, da sie sich bereits in Sicherheit gebracht hatte. Der Richter, der Frau Borodin aus der Haft entlassen hat, soll angeblich mit 25 000 Pfund bestochen worden sein.

Kein Streik im Berliner Gastwirtsgewerbe.

Berlin, 19. Juli. (Eig. Funkm.). Die Urabstimmung im Berliner Gastwirtsgewerbe über den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der das bisherige Lohnabkommen bis zum 30. September verlängert, hat keine Mehrheit für einen Streik ergeben. Er gilt damit als angenommen.

Für Aufhebung des englischen Visums.

London, 19. Juli. (Eig. Funkm.). Nach einer Erklärung des Außenministers Chamberlain sollen zwischen der englischen und der deutschen Regierung Verhandlungen im Gange sein, die die Aufhebung des Visums bezwecken.

Wahlen in Island.

Kopenhagen, 18. Juli. Die isländischen Parlamentswahlen haben nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der jetzigen Regierungspartei, den Konservativen, eine Niederlage gebracht. Die durch ein Wahlbündnis vereinigte Bauernpartei und Sozialdemokraten können dagegen erfreuliche Erfolge aufweisen. So haben in den beiden Städten Isafjord und Akuereyri die Sozialdemokraten je ein konservatives Mandat erobert und in der Hauptstadt Rejkjavik der sogenannten „Unabhängigkeitsgruppe“ ein Mandat abgenommen. Die Bauernpartei hat ebenfalls ein Mandat gewonnen. Während weitere sozialdemokratische Erfolge in den Landbezirken nicht zu erwarten sind, dürfte die Bauernpartei hier gegen die Konservativen gut abschneiden. Vorläufig stehen die Ergebnisse aus den Landbezirken noch aus.

Krankheitshalber verkaufe sofort sämtliche Möbel sowie Inventar spottbillig.
1 ganz wunderb., schwer eichenes, reich geschnitztes Speisezimmer-Buffett, ca. 2 m breit, statt 2800 nur 800 Mk., 1 kleines Speisezimmer, statt 600 nur 300 Mk., 1 herrl. Mahag.-Schlafzimmer nur 500 Mk., 1 großes, eichen. Herrenzimmer, Bibliothek, 2 m breit, 500 Mk. mit Klubsessel, 1 hochherrschaftl. Kutschwagen, Auto usw. Alles spottbillig.
G. Jentzsch, Magdeburg, Große Münzstraße 1.

Sie sparen Strümpfe
Nahtloses Anweben, Anstricken getragener Strümpfe maschenweise in jeder Feinheit in fast allen Modefarb. Für Spangenschuhe mit alt. Oberblatt. Auch Sportstrümpfe. Sauber, kein Zerschneid.
Maschinen-Strickerei und Vertretungen
Albert Zimmermann
Halberstadt
Breiteweg 32, Hof.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbetten günst. an Priv., Kat. 3134 fr
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Hallo!
Metall-Bettstellen?
Wo?
Bettstellen, 190/90 33 Rm., 23,50 27,50 32,50
Bettstelle mit Fußbrett 28,— 36,— 42,—
Patentmatratzen 14,— 18,— 20,—
Auflegematratzen 3teilig und Keil in jeder Preislage bei
Bauch & Schomburg
Grudenberg 10.

Reellste und billigste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern, wie von der Gans ger. m. v. Daunen, dopp. ger. Pfd. 2.50 Mk., bessere 3 Mk., sehr zarte 3.50 Mk., kl. Fed. (Halbd.) 5 Mk., f. zarte 6 Mk. Edel ¾-Daun. 6.50, Ia 7.50 Mk. Ger. ger. Fed. m. Daunen 4 u. 5 Mk., hochpr. 5.75 Mk., Ia 6.25, allerf. 7.25 u. 8.25 Mk. Ia Volld. 8.75 u. 10 Mk. Für reelle, staubfreie Ware Garantie. Vers. geg. Nachnahme ab 5 Pfd. portofr. u. nehme was n. gefällt auf meine Kosten zurück.
Rudolf Gielisch, Neutrebbin 105 Oderbr. Gänsemästerei.

Möbelpolitur
Rats-Apotheke.

Uhren
von 4.— RM. an, Ketten, Ringe sowie andere Geschenke in Gold und Silber zu billig. Preisen.
Reparaturen
an Uhren aller Art. Sprechapparaten, schnell, gut und billig.
Federn
zu Sprechapparaten mit Einsetzen von Mk. 3.— an.
J. Gallai,
Uhrmacher und Juwelier, Küblingerstraße 35.

Most-Fabrikate
frisch eingetroffen.
H. Salge, Martiniplan Nr. 23/24.
Wiederverk. Fabrikpreise

Meine Zigarren-Schlager
El Puerto 6 Pfg.
Nr. 10 d 10 Pfg.
B Hansmarke 10 Pfg.
B Spezialmarke 10 Pfg.
Grünfittig 15 Pfg.
Herrenklasse 15 Pfg.
Rosita 15 Pfg.
Barich,
Göddenstraße Nr. 1, Ecke Schubstraße.

Hühneraugenpflaster
auf grünem Samt,
Hühneraugencollot
Rats-Apotheke.

Gardinen
werden sauber gespannt
Grudenberg 10.

Der neue Rundfunk
Funkzeitschrift des schaffenden Volkes
Offizielles Organ des Arbeiter-Radio-Klub Deutschlands
Jedes Heft mit vollständigem In- und Auslandsprogramm nur 20 Pfennig
Volksbuchhandlung Halberstädter Tageblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270720-15/fragment/page=0003

Für die überaus herzliche Teilnahme, sowie für die reichen Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten

herzlichen Dank.

Besonderen Dank Herrn Oberpfarrer Hardt für seine trostreichen Worte.

Halberstadt, den 19. Juli 1927.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Ww. Berta Bocklitz.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter sagen wir allen unseren

herzlichen Dank.

Besonders Herrn Oberpfarrer Hardt für seine trostreichen Worte am Sarge wie am Grabe.

Halberstadt, den 19. Juli 1927.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Geschwister Dreimann.

Behandlung v. Krankheiten

besonders veraltete Fälle

Agathe Dedek, Halberstadt,

Walter Rathenaustraße 43

Sprechzeit jeden Donnerstag von 9—3 Uhr.

Ab Mittwoch

wieder Sprechstunde!

Dr. Crohn.

Allen Geschäftsleuten,

die unser **Volksfest** durch Stiftung der Ehrenpreise verschönert haben, sagen wir auf diesem Wege unseren

herzlichen Dank.

Sozialdemokratische Partei

Ortsgruppe Oschersleben.

Sternwarte

Jeden Dienstag ab 8 Uhr:

Tanz-Abend

Partei-Literatur jeder Art zu haben im **Halberstädter Tageblatt.**

An die Mitglieder des Halberstädter Familien-Vereins für Krankenpflege

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Einladung

zu der am **Donnerstag, d. 28. Juli, abds. 8 Uhr** bei Herrn **O. Bollmann,** Bakenstraße 63, stattfindenden

ordnungsmäßigen halbjährl. Generalversammlung

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts-Bericht. 2. Kassen-Bericht. 3. Revisoren-Bericht. 4. Berichterstattung der Spezial-Revisoren. 5. Decharge-Erteilung. 6. Wahl von zwei Spezial-Revisoren. 7. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Debet.	Mk.	Kredit.	Mk.
An Kassenbestand am 1. Januar 1927	7679.95	Ausgabe für:	
Einnahme für:		Apotheken	2054.73
Abonnementsbeiträge	12892.10	Aerzte	4773.25
Einschreibegebühr	35.—	Brillen und Bruchbänder	353.22
Ausstellung neuer Karten	—.—	Schröpfen u. Zahnziehen	306.85
Utensilienverkauf	—.—	Gerichtskosten	—.—
Extra	—.—	Drucksachen	58.30
Zinsen	—.—	Salz und Bäder	118.10
		Wein, Fracht, Abziehen	—.—
		Krankenhaus	1113.60
		Utensilien	—.—
		Vorstand und Ausschuß	20.—
		Diverse	—.—
		Verwaltung	300.—
		Genossenschaftsboten	1543.90
		Revisoren	12.—
		Reservefonds	2000.—
		Dem Vertrauensfonds überwiesen	4140.40
		Saldo	2852.70
Summa	20607.05	Summa	20607.05

Am 1. Juli 1927 Kassenbestand . . . . . 2852.70 Mk.
Dem Vertrauensfonds überwiesen und Bestand . . . . . 4140.40 Mk.
Den Mitgliedern an Unterstützung gezahlt . . . . . 1647.— „
Bestand des Vertrauensfonds . . . . . 2493.40 Mk.
Bestand des Reservefonds . . . . . 2000.— „
Bestand des Geschäftsfonds . . . . . 2852.70 „
Bestand des Vertrauensfonds . . . . . 2493.40 „
Summa 7346.10 Mk.
Bestand der Stammanteile am 1. Januar 1927 . . 438.— Mk.
An Stammanteile eingekommen . . . . . 57.50 „
„ „ ausgezahlt . . . . . 5.— „
Bestand der Stammanteile am 30. Juni 1927 . . . 490.50 Mk.
Die Genossenschaft hatte am 1. Januar 1927 . 1132 Mitglieder
Zugetreten sind bis 30. Juni 1927 . . . . . 37 „
Ausgeschieden durch Tod, Verzug usw. . . . . 72 „
Mitgliederbestand am 30. Juni 1927 . . . . . 1097 Mitglieder

Halberstadt, den 30. Juni 1927.

Der Vorstand.

Ad. Schumann, 1. Vorsitzender. **Herm. Schrader,** 2. Vorsitzender.
F. Gerlach, Kassierer. **Fr. Lesse, G. Zander,** Revisoren.
Karl Schulze, Schriftführer.

Deutscher Lederarbeiter-Verband

Ortsverein Halberstadt.

★

Am **Sonnabend, den 23. Juli 1927,** von **nachmittags 6 Uhr** ab, findet in „Renkamerun" unser

38. Stiftungs-Fest

unter Mitwirkung v. Mitgliedern des Gesangvereins „Sängerbund" und Frl. **Grete Hoffmayer,** statt.

Wir gestatten uns, Sie nebst werten Angehörigen hierzu ergebenst einzuladen und versprechen einige fröhliche Stunden.

Der Festausschuß. Der Vorstand.

Eintritt für Mitglieder nebst Frau zus. **0.60** Mk. Gäste: Männlich **0.75** Mark, weiblich **0.50** Mark.

Festspiele im Harzer Bergtheater Grüne Bühne

Direktion: Erich Pabst.

Mittwoch, d. 20. Juli 1927 um 19½ Uhr: Erstaufführ. **„Viel Lärm um nichts"** von Shakespeare.

Donnerstag, 21. Juli 1927 nachmittags **„Viel Lärm um nichts"**

Freitag, 22. Juli 1927, nachmittags **„Viel Lärm um nichts"**

Schäfer-Martin-Salbe

geg. Hautschäden u. offene Beine. **Ratsapotheke.**

DAS WAR DER ANFANG

SICHERN SIE SICH DIE 2. NUMMER!

Bestellungen nehmen entgegen alle Volksbuchhandlungen, Bahnhofs- und Zeitungskioske, Kolporteure, Postanstalten oder der Verlag **J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68**

ferner auch sämtliche Zeitungsboten, sowie die Volksbuchhandlung

Halberstädter Tageblatt, Domplatz 48

Ein 16—17jähriges

Mädchen

wird sofort gesucht.

Darlsleben 28.

Stuhlflechtrohr

preiswert.

F. C. Günther, Drogerie

Lieferant

für

Kartoffeln, Wiesenheu
Klee - Luzerne-Heu

gesucht

J. Sissler, Berlin-Halensee,

Fernruf: Pfalzburg 5365

Aus Wernigerode

Bekanntmachung.

Es ist in letzter Zeit die Beobachtung gemacht, daß Privatvermieter unter Anwendung unlauterer Mittel die Sommerfremden an sich ziehen und sie von der Quartiernahme in den Hotels abzuhalten versuchen und abhalten. Abgesehen davon, daß ein solches Verfahren unmoralisch ist, ist es gesetzlich unzulässig und daher strafbar.

— Siehe Polizei-Verordnung vom 26. Juli 1909, wonach das mündliche Anbieten von Diensten und Wohnungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen im Stadtbezirk Wernigerode verboten ist. —

Es wird hierdurch letztmalig darauf hingewiesen, daß in Zukunft mit unnachsichtlicher Strenge gegen diejenigen vorgegangen wird, die sich Verstöße der bezeichneten Art zu Schulden kommen lassen. Die Polizeibeamten sind noch einmal ausdrücklich angewiesen, auf Verstöße zu achten. Sofern diese Warnung keine Beachtung finden sollte, wird zu einer schärferen Maßnahme geschritten, z. B. Quartierkontrollen, Aenderung der Aushängeschilder unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Gewerbeordnung und strengste Kontrolle daraufhin, daß die Reg.-Pol.-Verordnung betr. Anmeldung von Fremden genau beachtet wird. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß das Abvermieten an Fremde tagesweise, d. h. auf kürzere Zeit, also unter 5 Tagen nicht gestattet und strafbar ist.

Wernigerode, den 18. Juli 1927.

Die Polizei-Verwaltung.

J. V.: gez. Reichhardt.

Drucksachen liefert schnell **Harzer Volksstimme**

Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt

Wernigerode-Röschenrode.

Am **Donnerstag, den 21. Juli 1927,** findet der

erste Ferien-Ausflug

mit den bei unseren Bezirkshelferinnen gemeldeten Kindern statt. Treffpunkt um 2 Uhr am Monopol. Jedes Kind wird gebeten, eine Tasse oder einen Trinkbecher und viel Frohsinn mitzubringen.

Sollte das Wetter ungünstig sein, so treffen wir uns trotzdem am **„Monopol".**

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, -Teilnehmer und -Hinterbliebenen

Am **30. d. M.** findet unsere diesmalige

Monats-Versammlung

im **„Monopol-Speisesaal",** abends 8 Uhr statt.

Die Tagesordnung

wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Wegen der Wichtigkeit der zu behandelnden Punkte ist das Erscheinen aller Mitglieder **unbedingt** erforderlich.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß am

Sonntag, den 31. Juli

unsere Kaffee-Partie

im „Braunen Kohl"

stattfindet. Freunde u. Gönner unserer Bewegung sind zu dieser Veranstaltung herzlichst eingeladen

Der Vorstand.

Wir bitten alle Kameradinnen und Kameraden, bis dahin ihre Kinderzahl beim Vorstand anzugeben.

Kriegsbeschädigte! Bei ungünstigem Wetter findet die Veranstaltung in den Räumen des „Monopol" statt.

Schrebergarten-Verein E. V.

Mittwoch, den 20. Juli 1927, abends 8 Uhr im großen Monopol-Saal

General-Versammlung.

Besprechung des Gartenfestes.

Vortrag von Herrn Rektor Voigt.

Sämtliche Kleingärtner mit Angehörigen werden erwartet.

Der Vorstand.

Die Wiedereröffnung der **Schloß-Lichtspiele** nach Umbau und Renovierung erfolgt nunmehr **in einigen Tagen.**

Achtung! Achtung!

Zahle immer noch für

Lumpen . . . . . 10 Pfg. per Kilo
Wolle . . . . . 45 Pfg. per Kilo
Neutuch . . . . . 40 Pfg. per Kilo
Eisen, Knochen u. Metalle zu höchst. Tagespreisen

F. Marquardt, Rohproduktengeschäft,

Telephon 546.

Die wirtschaftliche Not

zwingt die Hausfrau zu sparen. Kaufen Sie daher

prima

Mastochsen-Gefrierfleisch

von zweijährigem argentinischen Mastvieh stammend

Kochfleisch	1 Pfd. 0.75 RM.
Bratenfleisch mit Knochen	1 Pfd. 0.85 RM.
„ ohne „	1 Pfd. 1.00 RM.
Rouladenfleisch	1 Pfd. 1.10 RM.
Hammelbraten	1 Pfd. 1.00 RM.
Rostbeef	1 Pfd. 0.85 RM.
Rinderleber, j. Quant. liefert.	1 Pfd. 0.90 RM.

empfiehlt

Hamburger Gefrierfleisch-Halle

Burgstraße 31. Burgstraße 31.

Achtung!

Billiges Angebot

Auflege-Matratzen

in Drell für Kinderbetten von 10 R.-Mark an für große Betten von 25 R.-Mark an

Plüsch-Sofa

von 110 R.-Mark an

Chaiselongue

von 40 R.-Mark an

Chaiselongue-Decken

Wilh. Scharun,

Hinterstraße 4.

D. D. Warum gestern nicht dagewesen? Bitte brieflich Antwort!

Parteifreunde

kaufen an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die

Harzer Volksstimme

Bettstellen

in Holz und Metall in jeder Preislage, Schlafzimmer, Küchen, Divans, Chaiselongues, Federbetten kaufen Sie bei ⅓ Anzahlung und bequemen Zeitzahlungen nur im

Bettenhaus Otto

R., Kaiserstraße 62.

Sie finden, was Sie suchen!

Stiefel u. Schuhe

in großer Auswahl bewährte Fabrikate für Damen, Herren und Kinder bei

Alfred Hildebrand,

Westernstraße 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270720-15/fragment/page=0004

Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 167. Mittwoch, 20. Juli 1927. 2. Jahrgang.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 19. Juli.

Erntevorschätzung für Winterroggen und Wintergerste.

Auf Grund von Erntevorschätzungen der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner des Preußischen Statistischen Landesamtes veröffentlicht die Statistische Korrespondenz soeben einen Vorbericht, der selbstverständlich bei dem starken Unsicherheitsfaktor, der derartigen Zukunftsschätzungen stets zugrundezulegen ist, nur mit Vorsicht aufgenommen werden kann. Der Amtliche Preußische Pressedienst entnimmt den Ausführungen folgende Angaben:

Der voraussichtliche Körnerertrag von **Winterroggen** wird im Staatsdurchschnitt mit 16,0 Dz. vom Hektar angenommen. Danach hat man im Vergleich mit der ungünstigen Ernte des Vorjahres, die nach der endgültigen Ernteschätzung nur 13,7 Dz. vom Hektar erzielte, mit etwas reichlicheren Erträgen zu rechnen. Immerhin dürfte die diesjährige Winterroggenernte nach den bis dahin vorliegenden Beobachtungen den Hektar einer Normal- oder Mittel-Ernte (17,5 Dz.) nicht erreichen. Wenn der voraussichtliche Körnerertrag von **Wintergerste** im Staatsdurchschnitt mit 20,2 Dz. vom Hektar eingeschätzt wird, so ist dieser Hektarertrag etwas geringer, als der im Vorjahr für Wintergerste bei der endgültigen Schätzung festgestellte (21,4 Dz.). Der diesjährige Ertrag von Wintergerste würde jedoch mit 20,2 Dz. vom Hektar im großen und ganzen einer Normalernte entsprechen. Bei Winterroggen ebenso wie bei Wintergerste war bis Anfang Juli mit einer mittleren Güte der Körnererträge im Durchschnitt zu rechnen.

Für die Berechnung der voraussichtlichen **Gesamterntemenge** an Winterroggen und Wintergerste benötigt man die diesjährige, bis jetzt noch nicht bekannte Erntefläche der beiden Fruchtarten. Unter Berücksichtigung von Angaben der Saatenstandsberichterstatter über die Einsaat von Wintergetreide im Herbst 1926 sowie über die wegen Auswinterung im letzten Frühjahr umgepflügten Flächen kann man die Veränderungen gegenüber der vorjährigen Erntefläche und damit die diesjährige Fläche einschätzen. Wenn man derart für 1927 eine Winterroggenfläche von rund 3 532 000 Hektar annimmt, so würde sich für Preußen unter Benutzung der genannten, für dieses Jahr durchschnittlich je Hektar vorgeschätzten Körnererträge eine voraussichtliche **Gesamternte** von 56,5 Millionen Dz. Winterroggen und 2,26 Millionen Dz. Wintergerste ergeben. — Indes können diese Zahlen nach den Ausführungen am Eingang nur mit großem Vorbehalt benutzt werden.

* **Vorsicht beim Pilzsammeln.** Trotz der ungünstigen, kalten Witterung hat die Pilzernte langsam begonnen. Vor allem ist es der sehr begehrte Pfifferling, der jetzt reiche Ernte bietet. Dabei sei auf den giftigen Pfifferling hingewiesen, der dem echten sehr ähnelt, bei einiger Aufmerksamkeit aber leicht kenntlich ist. Er besitzt statt der Lamellen unter dem Hut feine Härchen und besitzt nicht die gelbleuchtende Farbe des echten. Große Vorsicht ist beim Champion geboten, da ihm der sehr giftige Knollenblätterpilz stark ähnelt. Letzterer, der zu den meisten Vergiftungen Anlaß giebt, besitzt einen unangenehmen Geruch und hat weiße Lamellen, während der Wald-Champion einen anisartigen Geruch und rosafarbige Lamellen, die sich später in ein rotbraun verwandeln, besitzt. Weiter muß auf den giftigen Satanspilz hingewiesen werden, da dieser mit dem geschätzten Steinpilz große Aehnlichkeit hat. Das beste Merkmal ist für den ersteren, sein leuchtendroter Stengel, der beim Steinpilz grauweiß und glatt ist. Auch der Gallenröhrling sieht dem Steinpilz ähnlich, er unterscheidet sich von diesem durch einen schlanken und rauhen Stiel. Wenn dieser Pilz auch nicht direkt giftig ist, so hat er doch einen so intensiv bitteren Geschmack, daß ein Exemplar genügt, ein Pilzgericht ungenießbar zu machen. Unter der Gattung der Täublinge befindet sich ebenfalls ein Giftpilz und zwar der Speitäubling. Dieser ist etwas kleiner und hat einen roten Hut. Dasselbe trifft auf den Reizker zu, der als Suppenpilz sehr geschätzt wird. Auch hier giebt es einen sehr ähnlichen Giftpilz und zwar den Giftreizker. Der echte Reizker sondert beim abbrechen oder schneiden einen roten Saft ab, was beim Giftreizker nicht der Fall ist. Auch hier ist Vorsicht sehr am Platze. Als weitere Giftpilze die in unseren Wäldern anzutreffen sind, ist der Fliegenpilz, sowie der rote Ziegenbart zu erwähnen, während der Perlpilz nach Entfernung der Oberhaut genießbar ist. Man hüte sich aber, alte Exemplare, auch von genießbaren Pilzen zu sammeln, da dieselben in Verwesung übergehend auch Giftstoffe erzeugen. Vor allen Dingen sollen die gesammelten Pilze möglichst sofort gereinigt und von den überflüssigen Bestandteile befreit werden. Wenn alle diese Vorsichtsmaßregeln beachtet und befolgt werden, dann ist eine Vergiftung so gut wie ausgeschlossen. Ist man sich über eine Sorte Pilze nicht ganz im klaren, dann wende man sich lieber an einen erfahrenen Pilzkenner und suche dort Rat.

* **Erhöhung der steuerfreien Beträge für Kriegsbeschädigte.** Im Erwerbs stehenden Kriegsbeschädigten wird seit einigen Jahren auf Veranlassung der Kriegsbeschädigten-Organisationen eine Erhöhung der steuerfreien Beträge nach dem Steuerabzug vom Arbeitslohn zugestanden. Wenn dagegen nicht erwerbstätigen Kriegsbeschädigten infolge der Kriegsbeschädigung besondere Ausgaben erwachsen, so kann es sich dabei nach den Darlegungen des Reichsfinanzministeriums nicht um Werbungskosten im Sinne des Einkommen-Steuergesetzes (Lohnsteuerabzug) handeln. Das trifft besonders zu bei Kriegsbeschädigten, die infolge einer Kriegsbeschädigung nicht mehr erwerbstätig sind, sondern Ruhegehalt oder Pensionen beziehen. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, steht aber nach Auskunft des Reichsfinanzministeriums dem nichts entgegen, in besonders gelagerten Fällen dieser Art wohlwollend mit §56 des Einkommensteuergesetzes zu helfen und auf Antrag den steuerfreien Lohnbetrag von zurzeit 60 RM. zu erhöhen. Solche Anträge sind an das zuständige Finanzamt zu richten.

* **1000 Mark Belohnung.** Am 16. 7. 27 morgens 7.15 Uhr wurde die im 1. Stockwerk des Hauses Lemsdorferweg 14 in Magdeburg wohnende alleinstehende 73jährige Kantor-Witwe Ottilie Böhm von ihrer Aufwärterin auf dem Sofa des ersten Wohnzimmers liegend tot aufgefunden. Die Frau Böhm ist durch Schläge mit einem stumpfen Instrument auf den Kopf zunächst betäubt und dann durch Durchschneiden der Kehle getötet worden. Frau Böhm wurde lebend zuletzt am 15. 7. 27, 4.30 Uhr abends gesehen. Die in den Briefkasten an ihrer Wohnungstür vom Zeitungsboten wie üblich am 15. 7. 27 kurz nach 6.30 Uhr abends eingesteckte „Magdeburger Tageszeitung“ steckte am 16. 7. 27 früh 7.15 Uhr bei der Entdeckung des Todes der Frau Böhm noch im Kasten. Vermißt wird vorläufig Geld — in welcher Höhe ist noch nicht bekannt — und eine kleine goldene Damenuhr älterer Art mit Schlüsselaufzug. Der Herr Regierungspräsident hat 1000 Mark Belohnung für Mitteilungen aus dem Publikum ausgesetzt, die die Ermittelung des Täters und seine Ueberführung ermöglichen. Die Belohnung ist lediglich für Privatpersonen bestimmt, Beamten werden an ihr nicht beteiligt. Die Mitteilungen werden auf Wunsch vertraulich behandelt und sind zu richten, schriftlich, mündlich oder fernmündlich, an die Mordkommission im Polizeipräsidium Magdeburg zur Sache. Böhm.

* **Ein Gesetz über die Umgestaltung der Landwirtschaftskammern?** Der Preußische Landtag hat am 29. Juni ds. Js. einen Entschließungsantrag angenommen, durch den die Staatsregierung ersucht wird, Unterlagen für einen Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Landwirtschaftskammern zu beschaffen sowie baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Vertretung der Arbeitnehmer in den Landwirtschaftskammern vorsieht. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat im Verfolg dieses Beschlusses der Preußische Landwirtschaftsminister die Oberpräsidenten und die Landwirtschaftskammern veranlaßt, zu der Frage der Umgestaltung der Landwirtschaftskammern eingehend Stellung zu nehmen.

Kampf den Mücken!

Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin veranstaltet in den nächsten Tagen eine Mückenvertilgungswoche. — Das Bild zeigt die Bekämpfungsart der Mückenbrut mit Giftzerstäuber.

Lack und Farbe vermehrt Haltbarkeit, Schönheit u. Wert Ihres Eigentums

Lassen Sie sich beliefern u. beraten durch die
Drogenhandlung Otto Henicke
Spezial-Farbenhandlung
Halberstadt, Bakenstr. 9. Fernruf 2522.
Ölfarbenfabrikation mit Maschinenbetrieb

Heimatgift.

Roman von Carl Conte Scapinelli.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Einen Augenblick schwiegen die Väter betroffen, dann sagte jemand im anscheinend wohlwollendsten Tone:

„Höchstens Ihr Fräulein Schwester!“

„Ja, ja, die hätte dem Hund auch gefallen!“ rief er bitter.

Dann empfahl sich Gottfried bald, denn er hatte noch einige Krankenbesuche zu machen.

Man sprach über dies und jenes, berührte den Wasserleitungsbau, der allzurasch fortschritt, stichelte weiter auf Bruno, und Professor Pöringer hatte genug zu tun, ihn nach Möglichkeit in Schutz zu nehmen. —

Es war am Tage recht ehrlich heiß gewesen, und so hatten die meisten Freimarkter einen tüchtigen Durst, der sie länger als sonst im „Anker“ festhielt.

Professor Pöringer war damit nicht einverstanden, denn er erwartete noch Bruno, wie leicht war es möglich, daß er Magda mitbrachte, und wie peinlich wäre dann für diese die Situation gewesen.

Endlich kam Bruno. Erleichtert atmete Pöringer auf, als er ihn allein vor sich stehen sah.

Bruno hatte Magda nicht mitgenommen, weil er fühlte, Pöringer empfände ihre Nähe unangenehm.

Er verstand sofort den dankbaren Blick des Professors, als er sich setzte.

Alle begrüßten Merk mit fast übergroßer Freundlichkeit, der Bürgermeister erkundigte sich gnädig nach dem Fortgang des Baues und versprach ehestens seinen Besuch am Bauplatz; Praxlmeier konnte sich nicht überwinden, Bruno zu seiner „Braut“, wie er sagte, zu beglückwünschen.

„Höre ich recht“, flötete ein anderer. „Braut, Braut. Sie sind also verlobt, Herr Merk, verlobt! Da darf ich ja wohl gratulieren?“

Es klang listig, fast spöttisch! —

In Bruno wuchs der alte Trotz.

„Donnerwetter ja, mein Herr. Die Dame ist meine Braut, ich bitte Sie wenigstens dies anzunehmen. Für Ihren Wunsch danke ich, — er kommt bestimmt aus Ihrem tiefsten Herzen!“

„Braut, Braut“. Das Wort zitterte über den Tisch, alle hauchten es, alle machten erstaunte Gesichter.

Was Bruno im Innersten seines Herzens manchmal dachte, von dessen Möglichkeit er träumte, das war jetzt in ihm plötzlich vom Trotz erhärtet worden, er schleuderte es ihnen ins Gesicht, — halb um sie mundtot zu machen, halb, um ihnen neuen Gesprächsstoff zu geben. Was lag ihm im Grunde daran, wie und was diese Menschen von ihm dachten.

Nur des Professors fast bestürzte Miene fiel ihm auf. Hatte den dieses Wort getroffen? Riß es in ihm die letzten Hoffnungen ein? Doch jener beherrschte sich, und da, als er einen Augenblick unbeobachtet war, drückte er Bruno stumm die Hand, dann sagte er:

„Verzeih, ich hatte nicht gewußt, daß ihr verlobt seid — verzeih!“

Bruno erwiderte nichts. Er fühlte, daß er eine Torheit begangen hatte, aber er konnte sie jetzt nicht gleich gutmachen. Ihm war jetzt, da er den Gedanken laut vor Zeugen ausgesprochen hatte, dieser gar nicht so schrecklich erschienen.

Im Gegenteil, wenn er Magda heiratete, so hatten alle Bemerkungen, alles Gerede ein Ende, und er selbst kam aus den Zweifeln heraus.

Lange hatte Professor Pöringer in all den letzten Wochen überlegt, ob er nicht mit Bruno wegen Magda und Klara einmal doch offen reden wollte. Lange hatte er es für unausführbar gehalten. er hatte gemeint, Bruno könnte es falsch deuten.

Schließlich aber war er doch zu dem Entschluß gekommen, als Freund, — nicht als Klaras Vater zu ihm zu sprechen. Denn er hatte als solcher auch Pflichten gegen Bruno. Und heute, als er mit ihm davon sprechen wollte, hörte er aus seinem eigenen Munde, daß es eigentlich zu spät war. Wenn Bruno sein Wort gegeben, so dürfte er es nicht mehr zurückverlangen.

Endlich waren fast alle wieder zu den häuslichen Penaten enteilt, nur Bruno und Professor Pöringer saßen noch allein am Tisch. Sie sahen sich nicht in die Augen und sprachen von gewöhnlichen Dingen, vom Wetter, von der Wasserleitung.

Beide vermieden es, das heikle Thema anzuschneiden, von „Magda“, von der „Braut“ zu sprechen.

Pöringer aber fühlte sich müde und matt, er zwang sich zum Reden und Wachbleiben.

Schließlich meinte er selbst: „Wir wollen nach Hause gehen, ich bin sehr müde! Ich werde eben doch alt!“

„Du alt, Pöringer, du bleibst doch ewig jung!“

Ewig jung und dumm, im Herzen vielleicht!“ sagte dieser traurig, „weil ich immer noch an viel zuviel glaube; aber der Körper, die Nerven versagen, Bruno, und ich glaube, die sind die Vernünftigeren, die fühlen, wenn es genug ist!“

So hatte Bruno den Alten nie gesehen, so müd und matt, so tief innerlich — traurig.

Aber er brachte es nicht über sich, klar von der Sache zu reden, zu Pöringer zu sagen: „Es ist nicht so, ich bin nicht verlobt, ich bin ihr verfallen!“

Denn in seinem Inneren saß nun der Gedanke fest. Er kam sich schon verbunden vor.

Er wollte nicht mehr so sprechen.

So trennten sie sich nach kurzem Gruß. Einen Augenblick sah Bruno dem Professor nach, wie er müden Schrittes den Weg zum Schloß einschlug.

„Dem hast du heute die letzte Hoffnung geraubt, die letzte Hoffnung für Klaras Glück,“ dachte er.

Schon wollte er ihm nach, aber er bezwang sich, und ging langsam sinnend durch die Nacht heim.

Als Professor Pöringer in seine Wohnung gekommen war, blieb er noch eine ganze Weile im Dunkel am Fenster stehen und sah in die Nacht hinaus.

„Verlobt, also verlobt!“ dachte er tief seufzend. Es traf ihn nicht als Vater Klaras am härtesten, sondern als Brunos väterlicher Freund, als sein Bewunderer von Jugend auf. Von Kindesbeinen hatte er den blonden Jungen, den Spielkameraden seiner Kinder geliebt, dessen Wagemut und Wahrheitsliebe über alles ging. Der sich später mit seinen starken Fäusten den Weg ins Leben gebahnt, der mit sicherem Blick seinem Ziel zustrebte, der es nicht aus dem Auge ließ und es erreichen mußte, — ja und es auch erreichte. Er hatte gegen den Willen der Freimarkter, mit ihnen ringend und kämpfend den Bau der Wasserleitung erhalten, sich durch Fleiß und Lust fast erzwungen, — und nun, wo die neuen Quellen zu springen begannen, nun da er am Ziel seine Arbeit tun mußte, lähmte ein fremdes Weib seine Kraft, da riß sie ihn aus seinem und aus Klaras Herzen.

Denn er fühlte, Bruno litt unter diesem Zustande, er litt unbewußt und suchte ihn zu ändern, indem er an eine Verheiratung mit Magda dachte. Sie nahm ihm seine Kraft, seine Offenheit, seinen ruhigen, klaren Blick — sie nahm ihm auch seine Ideale. Und der jugendliche, von keinem unnützen Fakultätswissen beschwerte Kraftmensch, der gesunde, aufrechte Arbeiter schien nach und nach an Kraft und Fleiß zu verlieren.

Vielleicht war es nur eine Einbildung von ihm, vielleicht redete er sich das nur ein.

Er hatte immer in Bruno den Vertreter seiner idealen Jünglingsgestalt gesehen, den gesunden Recken, der im wirklichen Leben wurzelt und durch seine Arbeit den Kampf aufnimmt gegen die dünkelsüchtigen Vertreter der vier Fakultäten, gegen die „Sanitätskolonne“.

Aber während dieses Kampfes mußte er rein und unberührt sein, sollte er als Sieger hervorgehen.

Eine Gefahr hatte für Bruno immer in seiner eigenen Art bestanden, die Gefahr der Eroberungs- und Herrschsucht, die Gefahr, daß er seine gesunde Kraft falsch nütze.

Einmal war er ihr schon erlegen, damals, da er das erstemal aus Kraftmeierei Gottfried im Zweikampf verletzte und sich Magda eroberte. Und nun war seine Kraft durch die Liebe zur Schwachheit geworden, der Löwe hatte, von Frauenhänden gestreichelt, seine Kraft, seine Art vergessen, er ging immer wieder ins Netz, er zersprengte die Ketten nicht mehr, die er widerwillig trug.

*

So dachte Pöringer, und er hatte im allgemeinen nicht unrecht.

Der Eifer, mit dem Bruno den Bau begonnen, war längst erlahmt, er war ihm nach und nach zur gewöhnlichen Arbeit herabgesunken, die man tat, weil man sie eben tun mußte.

Die alten Arbeiter, die Bruno von Wien mitgenommen hatte, und die ihn schon nach Steiermark begleitet hatten, schüttelten die Köpfe; der Baumeister war lange nicht mehr so strenge, wie damals, lange nicht mehr so bei der Sache wie sonst.

Er hatte eben „Weibersachen“ im Kopfe, die ihn beschäftigten und abhielten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270720-15/fragment/page=0005

— (Fremden-Wohnungen). In der heutigen Nummer ist eine Bekanntmachung des Magistrats, die für die Fremdensaison von unsern Lesern beachtet werden muß. Es ist nach ihr verboten, fremde Wohnungen anzubieten und sie so vom Besuch der Hotels abzuhalten.

— **Fremdenverkehr.** In der Zeit vom 7. bis 13. Juli kamen laut Kurliste Nr. 6 zur Anmeldung 1395 Kurgäste (in Wernigerode 1148, in Röschenrode 247) und 1429 Nachtfremde (in Wernigerode 1392, in Röschenrode 37). Die Zahl der Kurgäste beläuft sich bis jetzt auf 6500 in Wernigerode und 1272 in Röschenrode, insgesamt bis 13. Juli 7772 Kurgäste. An Nachtfremden wurden in Wernigerode 14 934, in Röschenrode 439, zusammen 15 382 gezählt. — Die Gesamtbesuchsziffer beläuft sich somit auf 23 154 Fremde.

— **Kommunistisches Klassenbewußtsein.** Obwohl allwöchentlich einmal die kommunistische Bewegung nach Strich und Faden in der „Wernigeröder Zeitung" abgebürstet wird, ist den hiesigen Kommunisten bei ihrem allein wahren „Klassenbewußtsein" die „W. Z." gut genug, für ihre Ideen Propaganda zu machen. In der Donnerstags-Nummer besagter Zeitung hat man einen „Theaterabend" zum Besten des Rosa Luxemburg-Kinderheims in Berlin angezeigt, der im Gewerkschaftshaus stattfinden sollte. Verschämt, wie Kommunisten nun einmal sind, hatte man es vorsorglich unterlassen, als Veranstalter etwa die Kommunistische Partei oder die „Internationale Arbeiterhilfe" anzugeben sondern nur gesetzt: Das Komitee. Das geben die Strategen, die im Ortsausschuß der Gewerkschaften davon reden, daß sie nur nach „parteipolitischen Standpunkten" beurteilt werden, ausgerechnet in der „W. Z.", bekannt. Und dabei redet man von einer klassenbewußten Kämpferschar, auch wenn diese Leser der deutschnationalen „Wernigeröder Zeitung" sind. Mit dem Inserat wollte man doch seine vorrevolutionären Mitkämpfer einladen, oder etwa die deutschnationalen Spießer? Daß man am Sonnabend um 6 Uhr nachmittags mit dem Halberstädter Schalmeienkorps durch die Stadt zog und trotz des Gewitters die aus Berlin hier weilenden Ferienkinder in den strömenden Regen mitschleppte, machte genau so wenig einen imponierenden Eindruck wie der Umzug an sich überhaupt.

— **Gefrierfleisch.** Die Hamburger Gefrierfleischhalle hat seit einigen Tagen auch in Hasserode, Friedrichstr. 27, ein Zweiggeschäft eröffnet, worauf wir unsere Leser hinweisen.

— **Schrebergärtner.** Zu der am Mittwoch abend, 8 Uhr, im großen Monopol-Saal stattfindenden Generalversammlung des Schrebergartenvereins, in der nicht nur das Gartenfest besprochen werden soll, sondern auch Herr Rektor Voigt einen sehr interessanten Vortrag hält, werden sämtliche Kleingärtner mit Familie eingeladen. (Siehe Inserat).

— **Pünktlich melden!** Wie uns das Verkehrsamt mitteilt, wurde in den letzten Tagen mehrfach nach Adressen von Kurgästen gefragt, die bereits seit Anfang Juli hier wohnen, aber in der Kurliste fehlen. — Der Vermieter hat also versäumt, die Fremden bei der Polizei anzumelden, denn die Kurliste wird vom Verlage auf Grund der amtlichen Meldungen zusammengestellt. — Die säumigen Vermieter machen sich strafbar und schädigen außerdem unseren Ort, da die Besuchsziffer nicht die richtige Höhe erreicht und weiter Nachfragenden keine Auskunft gegeben werden kann.

— **Renovierung der Schloß-Lichtspiele.** Einer freundlichen Einladung des Inhabers der Schloß-Lichtspiele Herrn Alfred Unger folgend, konnten wir uns von dem Fortgang der im Theater vorgenommenen Umbauten, Einrichtung technischer Neuheiten und Renovierungen überzeugen. Nur wenige Tage noch und die Schloß-Lichtspiele öffnen ihre Pforten und laden ihre getreuen Gäste zum Besuch wieder ein. Die Liebenswürdigkeit des Herrn Unger ließ uns auch einen Blick in die neugetätigten Filmabschlüsse machen und wir können nur soviel unseren Lesern verraten, daß sie ganz ausgesuchte, interessante, spannende und hochwertige Filme zu sehen bekommen werden. Die Filme sind von solcher Verschiedenheit im Inhalt, daß gewiß ein jeder etwas nach seinem Geschmack vorfinden wird. Herstellungsfirmen wie die Ufa-, National-, Bayerische-, Südfilm-, Hegewald-, Parufamet- u. a. m. bürgen schon mit ihrem Namen für erstklassige Qualitätsware. Wir wünschen Herrn Unger für sein redliches Bemühen, Wernigerode ein Großstadtunternehmen zu schaffen, herzlichst Erfolg.

Aus Halberstadt.

Kinderfest im Schrebergarten.

Das Sprichwort „Auf Regen folgt Sonnenschein" hat keine Gültigkeit mehr. Der Wettergott beweist es uns täglich. Es muß jetzt heißen: „Auf einmal Sonnenschein folgt mindestens siebzehnmal Regen". Morgens scheint die Sonne, mittags brennt sie, auch noch die ersten Stunden des Nachmittags und gegen Abend gibt es dann den schönsten Kladderadatsch. Mit einem Gewitterchen beginnt es und mit einem wunderbaren Landregen geht es weiter, stundenlang, als wolle es überhaupt nicht wieder aufhören. Fast alle Sommerfeste dieses Jahres sind mehr oder weniger verregnet.

Auch am letzten Sonntag war es so. Verschiedene Schrebergartenvereine wollten ihr Kinderfest abhalten, so auch der Verein Flora. An den Tagen vor dem Feste war zwischen der Anlage und der Stadt ein eifriger Eilbotendienst eingerichtet. Galt es doch alles vorzubereiten. Zelte mußten aufgebaut, Grün aufgestellt, Pfähle gesetzt, Schnüre gezogen werden und noch so vieleriei Und auch die ganzen Tage vor dem Sonntag hatte es geregnet. Jeder einzelne konnte daher erst am Sonnabend daran gehen, seinen Garten festlich herzurichten. Als dann endlich der große Tag der Anlage gekommen war, standen die Frühaufsteher schon kurz nach 6 Uhr auf dem Platze, um das Frühkonzert von Königswusterhausen anzuhören und nach dem Takte der rhythmischen Uebungen die letzten Arbeiten zu erledigen. Mancher bange Blick ging nach oben. Unsere liebe Sonne hatte nämlich ihr Gesicht verhüllt wie eine muhamedanische Haremsdame. Keiner wußte, was es bedeuten sollte. Gibt es Regen, gibt es keinen? Am Mittag aber zeigte sich die Sonne in ihrer ganzen Schönheit. Und sie strahlte auch, als der Verein sich um 2 Uhr am Cecilienstift sammelte, um in einem gemeinsamen Zuge zur Anlage hinauszumarschieren.

Viele Zuschauer hatten sich eingefunden, um den wirren Knäuel von Kindern, bunten Wagen, Ziegenbockgespannen usw. sich zu einer langen Schlange formen zu sehen, die den Kanonenberg hinauf sich wand und der Ferienstätte des kleinen Mannes, der Schrebergartenanlage, zusteuerte. Es war ein buntes Bild. Vorweg ging ein grimmig dreinschauender Schutzmann. Aber keiner von unserer Halberstädter Polizei. Es war die ureigenste bewaffnete Macht des Vereins Flora. Dann folgte eine Kapelle von 12 Mann, die für die nötige Marschmusik sorgte und hinterher kamen die kleinen Handwagen, über und über mit Blumen in allen Farben beladen und gezogen von Ziegenböcken oder kleinen Burschen, ebenfalls mit bunten Kindern Floras geschmückt. Dazwischen ging die andere Jugend mit kleinen Harken oder Spaten, an die ebenfalls Blumensträuße gebunden waren. Es war ein stattlicher Zug.

In der Anlage fanden sich dann die Kinder sehr bald zu allerlei Spielen zusammen. Die Kecksten versuchten ihr Heil an der 8 Meter langen Kletterstange, um sich hier Schokolade usw. zu holen. Und weil für die Kinder Feste nur dann etwas sind, wenn es auch Geschenke gibt, wurden Papierlaternen, Würstchen, Bonbons, Schokoladenherzen usw. verteilt. Außerdem erhielt jedes Kind noch ein Buch, ein Lottospiel oder einen Ball, Harke, Spaten, Eimer, Schiff usw. Jedes Kind konnte wählen, was sein Herz begehrte. Aber auch die Erwachsenen fanden sich bald zusammen. Zuerst ging es natürlich ans Kaffeetrinken. Eine Feldküche sorgte für heißes Wasser und bald zog aus allen Lauben der Duft von Kuchen und aromatisch duftendem „echten" Bohnenkaffee. Dann wurde der mit Papiergirlanden, bunten Fähnchen, Lampions usw. geschmückte Garten in Augenschein genommen. Und über diesem ganzen bunten Treiben wehten die deutschen Farben schwarzrotgold.

Aber trotz des bunten Gartens ließ sich der Wettergott von seiner Regel nicht abbringen. Gegen Abend gab es einige kleine Donnerschläge und dann kam der Regen. Im Nu wurden die Papiergirlanden wieder abgenommen und in Sicherheit gebracht, denn sie können wohl Sonnenschein vertragen, aber nicht Regen. Der tut ihrer Schönheit Abbruch. Nun mußte man in der Laube hocken oder unterm großen Zelt auf dem Spielplatz sitzen. Und nachher war der leidlich hart gewesene Boden wieder schön sammetweich geworden, so daß man bald bis über die Knöchel versank. Man ließ sich aber die gute Laune nicht verderben und war lustig und blieb bis zum späten Abend gemütlich beisammen. Auch die Fackeln wurden zu einem große Feit wieder hinausgehängt und ein kleines Feuerwerk losgelassen, so daß auch im Dunkeln die Anlage noch bunt und lebhaft aussah.

Verschiedene Halberstädter Firmen hatten für das Fest Spielchen, Bücher, Kuchen, Würstchen usw. gestiftet. Ihnen allen gebührt Dank. Sie haben mit dazu beigetragen, den Kindern einen frohen und schönen Nachmittag zu bereiten. Das Fest ist vorüber, aber auf das nächstjährige freuen sich schon alle Jungen und Mädchen.

---

* **Temperatur und Besucher im Sommerbad.** Gestern wurde unser neues Sommerbad von 1800 Personen besucht. Heute früh wird eine Lufttemperatur von 17 und eine Wassertemperatur von 18 Grad gemeldet.

* **In das Schaufenster gefahren.** Am Sonntag vormittag fuhren die durchgehenden Pferde eines auswärtigen Molkereiwagens, der auf dem Hohewege gestanden hatte, mit dem Wagen in ein Schaufenster des Möbelfabrikanten Wulfert. Das Fenster wurde vollständig zertrümmert. Sonst ist anscheinend kein Schaden entstanden.

* **Die städtische Badeanstalt in der letzten Woche.** In der städt. Badeanstalt wurden in der Woche vom Montag, den 11. Juli 1927 bis einschl. Sonnabend, den 16. Juli 1927 2306 Schwimmbäder, 506 Wannenbäder, 58 russ. röm. Bäder, 21 elektrische Lichtbäder, 766 Brausebäder, zusammen 3657 Bäder verabreicht.

* **Betriebsunfall.** Beim Abladen von Eisenbahnschwellen auf dem Gelände der Firma Heine u. Co. ist ein junger Mann vom Wagen abgerutscht. Er zog sich dabei Verletzungen zu, die seine Ueberführung in das städtische Krankenhaus notwendig machten.

* **Ein Unglücksvogel gefaßt.** Seit längerer Zeit tauchte in unserer Stadt bald hier, bald dort, ein junger Mensch auf, der sich jungen Mädchen und Frauen in schamverletzender Weise näherte. Nun ist es den Bemühungen der Polizei gelungen, diesen Menschen zu ermitteln. Es handelt sich um einen 20jährigen Maurer.

* **Zäh wie eine Katze** scheint ein Artur Giel zu sein, der im hiesigen Krankenhause eine schwere Magenoperation durchzumachen hatte und zehn Tage danach, als ihn noch alle für krank und matt hielten, das Weite suchte. Er hatte auch allen Grund, zu verschwinden. Von verschiedenen Staatsanwaltschaften wurde er wegen Betrugs, Heiratsschwindeleien usw. gesucht. Er war dann gefaßt und nahm allerlei unverdauliche Sachen, wie Nägel usw. zu sich, die seine Ueberführung ins Krankenhaus und die Operation notwendig machten. Was er erreichen wollte, hat er nun auch erreicht. Er soll es vor längerer Zeit schon einmal so gemacht haben. Seine Krankentracht wird er höchstwahrscheinlich in irgendeiner Schrebergartenanlage gegen dort hängendes Gartenzeug umgetauscht haben.

Aus Wehrstedt.

— (Hinein in die Arbeiterjugend!) Parteigenossen, schickt eure Kinder in die Sozialistische Arbeiter-Jugend. Die Heimabende finden jetzt wieder regelmäßig Dienstags von 20—22 Uhr in der Neuen Schule statt. Jedes Arbeiterkind gehört in die S. A.-J.

Aus Quedlinburg.

— (Prof. Junkers auf dem Flugplatz). Gestern mittag 12 Uhr besuchte Prof. Junkers von den Junkersflugzeugwerken Dessau mit seiner Familie den Verkehrslandeplatz Quedlinburg. Prof. Junkers kam im Auto aus Gernrode und flog 12.25 Uhr mit eignem Flugzeug nach Dessau zurück. Er sprach sein außerordentliches Gefallen über die Lage des Platzes und seinen freundlichen Anlagen aus. Prof. Junkers ist der geniale Schöpfer des Metallflugzeuges. Die von ihm konstruierten Flugzeugtypen F. 13 und G. 23 und 24 sind Weltverkehrsflugzeuge geworden.

— (Erdrutsch am Ostabhang des Münzenberges). Die sich am Freitag über unsere Stadt entladenden heftigen Gewitter, die einen überaus reichlichen Regenfall mit im Gefolge hatten, brachten oberhalb des Treppenaufganges zum Münzenberg eine der terassenförmig gebauten Erdstützmauern zum Einsturz, die den Abschluß des kleinen Hofes zum Haus 62 bildete. Die außerordentlich starke Mauer, die in einer Breite von etwa 5 Meter und 2,50 Meter Höhe zusammenbrach, durchschlug in ihrem Fall auch die zweite unter ihr liegende Stützmauer, so daß einzelne Teile des Gerölls auf die Treppe stürzten und diese dadurch zeitweilig für den Verkehr zum Erliegen kam. Eine sofort alarmierte Abteilung der Feuerwehr nahm sogleich die Aufräumungsarbeiten vor. Die Treppe konnte nach einiger Zeit wieder zum ungehinderten Passieren freigegeben werden. Irgendwelche Verletzungen sind dabei nicht vorgekommen. Auch dürfte der Materialschaden nicht sehr bedeutend sein. Eine schelle Wiederaufrichtung der oberen Mauer wird jedoch notwendig sein, da sonst bei erneuten Regenfällen — und mit diesen ist unbedingt zu rechnen — die Erdmassen bes an sich kleinen Hofes völlig weggeschwemmt werden. Eine Gefahr für das Haus würde damit in greifbare Nähe rücken. — Auch sonst haben die Gewitter und der wolkenbruchartige Regen mancherlei Schäden angerichtet. Von den vielen zu verzeichnen gewesenen Blitzschlägen hat auch einer in eine Telephonleitung in der Nähe der Seminarstraße geschlagen. — Nach den neueste Wetternachrichten ist mit weiteren Gewittern zu rechnen.

Aus Thale.

— (Wieder gefunden) hat sich das am 2. Mai ds. Js. einem städtischen Beamten auf dem Markte gestohlene Fahrrad Marke Adler Nr. 658578. Der Dieb war darauf bis in die Gegend von Mannheim gefahren und hat es dann kurz vor der Stadt in einem Gebüsch versteckt. Ein Schlosserlehrling aus Mannheim fand dort das Rad und lieferte es an die Polizei ab. An der Hand der Fabriknummer wurde der Eigentümer ermittelt und so gelangte der Beamte wieder in dem Besitz seines Rades. Der Täter dagegen ist noch nicht ermittelt.

— (Festgenommen) wurde im Bodetal der Fürsorgezögling Erich Schwarzlose aus der Erziehungsanstalt Nordhausen. Er war von der Anstalt bei dem Landwirt Heuse in Bosenrode bei Helbra als Arbeiter untergebracht worden und hatte seine Arbeitsstelle am 12. 7. ds. Js. heimlich verlassen und eine Harzreise unternommen. In der Nähe von Hotel „Königsruhe" wurde er angetroffen und der Polizei überliefert, die ihn wieder der Anstalt in Nordhausen zuführte.

— (Parteiversammlung.) Am Freitag abend fand beim Gen. Schinkel unsere Monatsversammlung statt. Der Kassierer Gen. Huth gab den Bericht über die Mitgliederbewegung und den Kassenabschluß pom zweiten Quartal bekannt. Die erzielte Beitragsdurchschnittsleistung von 13½ ist als außerordentlich gut zu bezeichnen. Der Mitgliederzuwachs beträgt 23, der Abgang 7. Davon sind 4 Mitglieder verzogen und 2 gestorben. Das Andenken der Verstorbenen wurde in der üblichen Weise geehrt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Gen. Wegener sprach dann über das Kreisparteifest am 21. August in Suderode. Diese Veranstaltung soll in großzügiger Weise aufgezogen werden. Verbunden damit ist die Fahnenweihe der Quedlinburger Ortsgruppe sowie eine Ehrung aller Parteijubilare aus dem Kreis durch den Bezirksvorstand. Die Teilnahme an dem Kreisfest wird jedem Parteigenossen zur Pflicht gemacht. Außerdem werden der Volkschor, die Turn- und Sportvereinigung und das Reichsbanner mit beiden Musikkorps nach Suderode marschieren. Nähere Mitteilungen über den Anmarsch usw. folgen noch. Dann gab Stadtrat Gen. Gerlach einen ausführlichen Bericht von der Tagung des Reichsstädtebundes am 29. und 30. Juni in Görlitz. Er behandelte eingehend die dort gehaltenen Referate über die Reform der Landgemeinde- und Städteordnung, über den Finanzausgleich und die Steuergesetzgebung. Die Aussprache über diesen Bericht war sehr lebhaft. Stadtrat Gen. Schinkel beschäftigte sich besonders mit der Gewerbesteuer. Bedauerlich ist, daß durch das Bestehen der Gutsbezirke besonders leistungsfähige Gewerbebetriebe von der Zahlung der Gewerbesteuer befreit sind. Gen. Schinkel sprach sich für ein Zuschlagsrecht der Gemeinden zur Einkommensteuer aus, bei Freilassung des bisher steuerfreien Einkommens. Hiergegen wandten sich entschieden die Gen. Wegener und Wyrmwall. Durch den Lohnabzug bei Hand- und Kopfarbeitern werden jetzt bereits 84 Prozent des gesamten Steueraufkommens aufgebracht, so daß eine weitere Belastung dieser Kreise unmöglich ist. Gewiß haben sich bei der Gewerbesteuer Härten gezeigt, doch kann hier durch eine gerechte Veranlagung Abhilfe geschaffen werden. In seinem Schlußwort ging Gen. Gerlach auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ein. Thale ist, im Gegensatz zu vielen anderen Städten, lediglich auf die Gewerbesteuer als einzige Einnahmequelle angewiesen. 90 Prozent der Einwohner sind Arbeiter und Beamte, und größere Vermögen, die besteuert werden können, fehlen ganz. In vielen Gewerben wird ja die Gewerbesteuer durch entsprechende Preiskalkulation auf die Ware umgelegt und so zu einer indirekten Steuer für den Verbraucher gestaltet. Nachdem noch Gen. Zweydorf auf das am Mittwoch abend stattfindende Fußballspiel der Wiener Mannschaft empfehlend hingewiesen hatte, konnte der Vorsitzende die interessant verlaufene Versammlung gegen 11 Uhr schließen.

Kreis Quedlinburg.

Gatersleben, 18. Juni. (Hochwasser). Auch unsere Gegend wurde vom Unwetter wieder schwer mitgenommen. Am Freitag und Sonnabend ging über Gatersleben und Hedersleben ein wolkenbruchartiger Regen nieder. Hinter Hoym stürzte am Freitag nachmittag eine Wasserhose zur Erde. Diese ungeheuren Wassermassen konnte die kleine Selke nicht fassen. Sie schwoll an, trat über die Ufer und überschwemmte Aecker und Wiesen. Von Sonnabend abend um 5 Uhr bis Sonntag morgen 10 Uhr ist die Selke um 25 Zentimeter gestiegen. Am meisten gefährdet wurde Hans-Reindorf. Dort war gerade Schützenfest. Die Budenbesitzer mußten um den Platz herum einen Wall aufrichten, um das anstürmende Wasser vom Platz abzuhalten. In Haus-Reindorf betrug der Wasserstand am gestrigen Morgen 2.20 m. Die Heuernte ist schwer gefährdet. Das frischgemähte Gras wurde von den Fluten mitgerissen. Was noch zu retten ist, wird jetzt mit Karren nach höher gelegenen Stellen gebracht. Heute, Montag, morgen wird Hochwasser von Güntersberge gemeldet. Es soll dort der Teich die ihn einschließenden Deichanleigen durchbrochen haben. Das Hochwasser braucht von dort bis nach hier 8 Stunden. Hoffentlich geht es aber, ohne großen Schaden zu verursachen, vorüber.

Gatersleben, 19. Juli. (Motorradunfall). Auf der Chaussee Wegeleben—Hedersleben erlitt der Gastwirt Heinrich Tränkel aus Gatersleben, Besitzer vom Goldenen Löwen, mit seinem Motorrade einen Unfall, indem er auf der schlüpfrigen Straße ausrutschte. Er mußte dem Krankenhaus Halberstadt zugeführt werden.

Hans-Reindorf, 19. Juli. (Das Hochwasser steigt). Seit gestern morgen 10 Uhr ist die Selke wiederum im Steigen begriffen. Der aufgeworfene Schutzwall auf dem Schützenplatz wurde durchbrochen und der Platz vollkommen überschwemmt, so daß jeglicher Geschäftsbetrieb eingestellt werden mußte. Ein ansahrender Bierwagen blieb im Schlamm und Wasser stecken, so daß er erst entleert werden mußte, ehe ihn acht Pferde wieder herausziehen konnten. Das Wasser der Selke stieg bis zum Abend gegen 7 Uhr. Danach fiel es wieder. Viele Schaulustige aus der Umgegend hatten sich eingefunden, um das Steigen und Fallen des Wassers zu beobachten. Sonntag nachmittag 3 Uhr wurden sämtliche Eisenbahnarbeiter alarmiert, um einen Schuppen, in dem zirka 800 Zentner Zement für den Umbau der Eisenbahnbrücke zwischen Reindorf und Gatersleben lagerten und vom Wasser gefährdet wurden, zu räumen und den Zement an einen sicheren Ort unterzubringen.

Hedersleben, 19. Juli. (Die Ernte von sechs Morgen Wiesen) ist durch das Hochwasser in den letzten Tagen abgeschwemmt worden und gilt als verloren.

Reinstedt, 18. Juli. (Motorradunfall). Ein Ehepaar aus Brandenburg, welches auf einige Tage zur Erholung in Schierke verweilte, war gestern, Sonntag, auf dem Wege der Heimfahrt nach Brandenburg. Kurz hinter Reinstedt, an der Kurve vor der Friedensbrücke geriet das Motorrad, ein 12 PS. starkes D-Rad ins Schleudern und stürzte rechts der Brücke die steile Böschung hinab. Die Ehefrau besaß die Geistesgegenwart und sprang kurz entschlossen vor dem Absturz des Rades in die Tiefe, vom Rad herunter und konnte sich so retten, ohne auch nur die geringsten Verletzungen davon zu tragen. Das Rad überschlug sich an der Ufermauer und warf seinen Fahrer mit voller Gewalt herunter. Die rechte Hand wurde ihm aufgerissen und die linke verstaucht. Am rechten Oberschenkel zeigte sich eine unbedeutende Fleischwunde. Er war

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270720-15/fragment/page=0006

eine halbe Stunde fast besinnungslos. Die Arbeitersamariterkolonne von Reinstedt leistete ihm die erste Hilfe. Innere Verletzungen hat er nicht davongetragen. Das Rad, welches ein Gewicht von annähernd 3 Zentnern hat, blieb, nachdem es sich überschlug, in den Klippen hängen und konnte erst nach mühevoller Arbeit von Reinstedter Einwohnern und Mitgliedern des Turnvereins mittelst larger starker Taue geborgen werden. Nach einer Stunde, nachdem die notwendigsten Reparaturen vorgenommen waren, konnte das Ehepaar seine Fahrt fortsetzen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn an dieser gefährlichen Kurve Warnungszeichen angebracht würden. Erst im vorigen und auch in diesem Jahre ereigneten sich an dieser Stelle zwei Unfälle von Lastwagen bezw. Postautos.

Reinstedt, 18. Juli. (Gewitter). Am gestrigen Sonntag ging wieder ein größeres Gewitter verbunden mit wolkenbruchartigem Regen nieder. Die Gräben waren bald überfüllt und der Hasselbach trat an der Lindenstraße, Ecke Quedlinburgerstr. über sein Ufer. Die Wiesen sind überschwemmt. In einigen Straßen ist das Grundwasser so sehr gestiegen, sodaß die Keller unter Wasser stehen.

— (Auch der Hasselbach macht mit.) Auch unser Ort ist von Ueberschwemmungen nicht verschont geblieben. Die Felder und Wiesen in der Thalensersur und Quarmbachswiese stehen bis zu 30 und 40 Zentimeter unter Wasser. Die Bäche und Gräben können die riesigen Wassermengen nicht fassen, sodaß sich das Wasser freie Bahn in den angrenzenden Feldern usw. sucht. Die Keller, die sonst vom Eindringen des Wassers verschont geblieben waren, sind bis zu 30 Zentimeter unter Wasser gesetzt. Das Grundwasser ist enorm gestiegen. Erst Montag wieder abends gegen 5 Uhr ging über unsern Ort ein schweres Gewitter mit heftigem Regen nieder. Im Umsehen waren die Gräben winedenr in Bäche verwandelt. Unser sonst so friedlich und ruhig dahinplätschernde Hasselbach verwandelte sich in einen reißenden Fluß und konnte anfangs kaum die enormen Wassermengen bergen. Gegen 9 Uhr abends mußte dann die Feuerwehr alarmiert werden, da der Bach in der Lindenstraße über seine Ufer getreten war und sich zu beiden Seiten ergoß. Am ärgsten waren die anliegenden Felder bedrängt. Die Schrebergarten Rhobenberg war weithin überschwemmt und der Weg glich einem kleinen Bach. Zum Glück war erst vor weniger Zeit die Lindenstraße gepflastert und dadurch in ihrer Lage höher gekommen, so daß hier das Wasser nicht so leicht in die Grundstücke eindringen konnte. Seit Menschengedenken ist unser Hasselbach nie so hoch gestiegen wie gestern.

— (Gemeindevertretersitzung). In der letzten Gemeindevertretersitzung, die am Donnerstag, den 14. stattfand, wurde folgendes beraten und beschlossen: Die Niederdruckdampfheizung wird der Fa. Kieger, Quedlinburg übergeben. Die Pflasterung der Bahnhofstraße erhält die Firma Wollstein, Quedlinburg. Für die Anlage wurden 2000 nachbewilligt. Die Anragsteller, Klos, Franz und Blümel erhalten je eine Baustelle zum Preise von je 2100 M. pro Morgen. Zu Punkt 4: Die Steuern werden dem Antragsteller für das Rechnungsjahr 1927 niedergeschlagen. Es wurden dann neue Mitglieder zum Ortswohlfahrtsausschuß gewählt. Die Namen sind: Als Kriegsbeschädigter: Herr Karl Winter, als Kleinrentner: Herr Karl Kochendörffer, als Sozialrentner: Herr Heinrich Klinge, als Mitglied der Arbeiterwohlfahrt: Frau Zimmermann, als Mitglied des Vaterländischen Frauenvereins: Frau Pastor Maiß, als Arbeitgeber: Herr Maurermeister Homeyer, als Arbeitnehmer: Herr O. Stark. Die Kosten für die Anschaffung einer Nähmaschine für die Schule wurden bewilligt. Die Genehmigung zur Aufstellung der Benzinpumpe vor der Restauration zur Eisenbahn wird dahingehend erteilt, daß die Firma einen jährlichen Beitrag von 10 Mark zu entrichten hat. Ferner muß die Kuppel der Pumpe beleuchtet sein. P. Weichler erhält den von dem Arbeiter Carl Haase bisher innegehabten Acker am Sportplatz und zwar zu denselben Bedingungen. Auf dem Sportplatz soll ein Abort erbaut werden, die Mittel werden dazu bewilligt. Der Platz wird erst von der Kommission bestimmt. Der Gastwirt Weidner bekommt einen Platz auf der Schützenwiese zum Aufstellen seines Schantzzeltes gegen eine jährliche Gebühr von 10 Mark. Die Antragsteller Voigt und Gisseler erhalten je eine Baustelle in der Schützenstraße unter der Bedingung, daß der Zaun der Gemeinde gehört. Die Reinigung des Grabens haben die Antragsteller zu übernehmen. Für die Bauunternehmer Homeyer und Sattler werden unentgeltlich Baustellen abgegeben. Betr. die Besetzung der Wohnung im Gemeindehause Steuerstraße 26 soll erst das Wohnungsamt sich äußern. Dann fand eine geheime Sitzung statt.

— (Ehrenmedaille.) Dem Obermeister Friedrich Sahlmann wurde für ununterbrochene 52jährige Tätigkeit auf dem Eisenhüttenwerk Thale von der Handwerkskammer Magdeburg eine Ehrenmedaille und Ehrenurkunde überreicht.

Aus Schwanebeck.

— (Ein schwerer Unglücksfall) mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Freitag abend nach 6 Uhr auf dem Fabrikhof der ehemaligen Zuckerfabrik. Beim Einfahren auf den Hof gingen dem polnischen Geschirrführer Josef Blaszczyk die Pferde durch, nahmen dabei eine Ecke zu scharf und durch den Stoß wurde B. aus der Schoßkelle geschleudert. Dabei ging ihm das rechte Vorderrad über die rechte Seite des Brustkorbes und zerquetschte ihm sämtliche Rippen. Der Tod trat nach einer Stunde ein. Besonders tragisch ist der Unfall dadurch, daß der Verunglückte anderen Tages sein 19. Lebensjahr vollendet hätte.

Provinz und Nachbarstaaten.

Vom Provinzial-Ausschuß.

Zu dem bereits veröffentlichten Bericht über die Beschlüsse des Provinzialausschusses bei seiner Magdeburger Tagung wird ergänzend noch mitgeteilt:

Dem Fischerei-Verein für den Regierungsbezirk Erfurt wurde aus den dafür bereitstehenden Mitteln eine Beihilfe von 800 RM. überwiesen.

Der Grundbesitz des Landeserziehungsheims in Nordhausen konnte erneut etwas erweitert werden.

Für die Wasserleitung der Landesheilanstalt Altscherbitz ist der Einbau einer Chlorierungsanlage notwendig geworden. Die erforderlichen Mittel wurden bereitgestellt, ebenso für kleinere Maschinenerneuerungen in der Arbeitsanstalt Salzelmen und Landesheilanstalt Pfafferode.

Gernrode, 18. Juli. (Ueberschwemmung und Blitzschäden). Ein über unsere Stadt niedergegangenes Gewitter brachte wiederum große Regenmengen mit. Die Wassertorstraße wurde überschwemmt, und das Wasser drang in die Keller ein. Der Hagenbach führt solche Mengen Wasser mit, daß er an der sog. Bauernwiese über die Ufer getreten ist und die Wiesen in einen See verwandelte. In der Wilhelmstraße schlug der Blitz in einem Grundstück in den Schornstein ein, nahm seinen Weg am Hause entlang, riß von einem Fenster die eisernen Stäbe ab und verschwand in der Erde. Anscheinend war es ein kalter Schlag, sonst wäre der Heuvorrat des angrenzenden Nachbargundstückes sicherlich in Flammen aufgegangen.

Harzgerode, 19. Juli. (Wasserhose und Ueberschwemmungen). Am Sonntag nachmittag ging im Selketal eine Wasserhose nieder, wodurch zwei kleinere Teiche bei Güntersberge und Breitenstein über die Ufer traten und weite Strecken überschwemmten. In Lindenberg und Strasberg mußten Häuser geräumt werden. In Güntersberge standen viele Keller unter Wasser. Von Harzgerode aus wollte man den bedrohten Ortschaften Hilfe bringen, kam aber nur bis zur Silberhütte, wo das Wasser die Brücke überflutet hatte. Das Vieh aus den bedrohten Ortschaften wurde in höher gelegene Gegenden gebracht. Es können für die Bewohner des Selketals noch schwere Stunden kommen, denn das Tal ist schon stark mit Wasser gefüllt und noch sieht der Himmel ganz nach Regen und Wolkenbrüchen aus.

Harlingerode, 18. Juli. (Kalter Blitzstrahl). Während des Nachmittagsgewitters traf u. a. ein Blitzstrahl das Wohnhaus des Stellmachermeisters W. Haverlah und beschädigte den Schornstein und das Dach, richtete aber sonst keinen Schaden an. Ueberreiche Niederschläge verzögern weiter die Heuernte. — Einen Unfall erlitt der Landwirt A. Derke von hier beim Bauholzfahren, indem eine Kette riß und ein Rad des schweren Wagens ihm über den Fuß ging. Von hilfsbereiten Leuten wurde er in seine Wohnung geschafft. O. trug eine schwere Zehenverletzung davon.

Bettingerode, 18. Juli. (Blitzschlag). Im Verlauf eines Gewitters schlug der Blitz in die Scheune des Landwirts Hermann Wellner, welche mit dem Wohnhaus ein Gebäude bildet und zündete hier. Das Feuer wurde von einem Nachbarn rechtzeitig bemerkt. Die hiesige Freiwillige Feuerwehr war schnell zur Stelle und konnte das Feuer erfolgreich bekämpfen. Auswärtige Wehren wurden nicht benötigt. Der Schaden ist nicht erheblich. — Eine Frau wurde auf dem Wege zur Brandstelle von Krämpfen befallen und war lange Zeit besinnungslos.

Merseburg, 18. Juli. (Erst abkühlen lassen). Vom Laufen erhitzt badete der 7 Jahre alte Schüler Otto Rost aus Schraplau in der Weida, ohne sich vorher abgekühlt zu haben. Bald stellten sich Schmerzen im Arm ein, die sich immer mehr verschlimmerten, und schließlich trat eine Lähmung ein. Der Beklagenswerte starb in der folgenden Nacht in einer Klinik in Halle.

Merseburg, 18. Juli. (Hochwasser im Oberlauf der Saale). Vom Oberlauf der Saale und ihren Nebenflüssen in Thüringen laufen fortgesetzt Hochwassermeldungen ein. Sie sind eine Folge des in Thüringen niedergegangenen Unwetters. In Saalfeld standen die Straßen 1 Meter unter Wasser. In Weißenfels sind die Wege am Ufer unter Wasser gesetzt. Eine Reihe von Badeanstalten sind in Köfen, Roßbach und Weißenfels fortgeschwemmt worden. Das schmutzig-gelbe Schlammwasser führt bei Merseburg zahlreiches Hausgerät und tote Tiere, wie Enten, Gänse Hühner, Hunde und selbst Schweine, mit sich.

Bitterfeld, 18. Juli. (Drei Wohnhäuser abgebrannt). Aus noch nicht geklärter Ursache brannten in Wolfen drei Wohnbaracken nieder. Infolge der allgemeinen Wohnungsnot hatte man Baracken aus Holz gebaut, in denen das Feuer natürlich reichlich Nahrung fand. Drei Wohnungen sind fast völlig ausgebrannt. Die Bewohner mußten anderweit untergebracht werden. In Horstdorf brannte dem Gutsbesitzer Otto Sackewitz Pferde- und Schweinestall nieder. Es gelang, die nebeniegenden Gebäude, vor allem das Wohnhaus zu retten.

Bad Dürrenberg, 18. Juli. („Leunastadt" im Entstehen). Auf dem Gelände der ehemaligen Tietz'schen Kiesgrube ist jetzt mit dem Bau zur großen Leunasiedlung begonnen worden. Die Fertigstellung der Gebäude verzögerte sich, weil sich auf dem Baugelände in geringer Tiefe Wasseradern befanden, die erst zum Ausfluß gebracht werden mußten. Mit Eintritt des Winters wird eine vollkommen neue Stadt, die etwa 400 Wohngebäude umfassen wird, entstanden sein.

Jonitz, 18. Juli.. (Die Frau am Fensterkreuz). Das klingt beinahe kinohaft; und es war auch fast so. Hier traktierten sich zwei Schwestern mit liebevollsten Schimpfreden und Tätlichkeiten. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung wollte die eine der Streitenden aus dem Fenster der Wohnung springen, blieb aber — das Bildnis war nicht bezaubernd schön! — am Fensterkreuz hängen, von dem sie erst der herbeigerufene Ehegatte unter Zuhilfenahme einer Leiter befreien mußte. Hoffentlich ist er hernach den streitbaren Amazonen auch noch gründlich aufs Dach gestiegen.

Sport.

A.-S.-V. Wasserfreunde. (Herren). Heute Dienstag abend ab 7 Uhr Uebungsstunde im neuen Sommerbad. Erwachsene 20 Pfennig, Kinder 10 Pfennig. Die Uebungsstunde für die Damen findet am Freitag statt. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Jeder, der diese Bekanntmachung liest, wird ersucht, es den anderen Mitgliedern zu sagen. Die Zeit ist nur kurz, aber bei gutem Willen wird es wohl doch möglich sein, diesen ersten Uebungsabend gut auszufüllen.

Ueber eine Million Kleingärtner.

Die durch die land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung vom 16. Juni 1925 insgesamt erfaßten 5,14 Millionen Land- und Forstwirtschafts-, Weinbau-, Gartenbau- und Fischereibetriebe haben eine Gesamtfläche von 41,6 Millionen Hektar. Von dieser Gesamtfläche sind 25,6 Millionen Hektar (gleich 61,5 Prozent) als landwirtschaftlich benutzte Fläche angegeben und zwar entfallen in 1000 Hektar auf Ackerland 18 498 (gleich 44,5 Prozent), auf Wiesen 5201 (gleich 12,4 Prozent), auf sogenannte gute Weiden (das sind Weiden, von denen ein Hektar mindestens eine Kuh während der Weidezeit zu ernähren vermag) 1385 (gleich 3,3 Prozent), auf Gartenland 448 (gleich 1,1 Prozent) und auf Weinberge und Weingärten 66 (gleich 0,2 Prozent). Um einen Einblick in die Entwicklung der Gartenkultur in Deutschland zu geben, veröffentlichen wir folgende Zusammenstellung, die den Anteil des Gartenlandes an je 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche in den einzelnen landwirtschaftlichen Größenklassen wiedergibt:

	1925	1907
5 bis 50 Hektar	20,1	14,8
0,5 bis 2 Hektar	15,6	15,3
2 bis 5 Hektar	14	15,7
5 bis 10 Hektar	13,7	14,8
10 bis 20 Hektar	13,2	14,5
20 bis 50 Hektar	11,3	13,3
50 bis 100 Hektar	3,3	3,6
100 bis 200 Hektar	2,3	2,1
200 und mehr Hektar	6,5	5,9

Der Anteil des Wiesenlandes an der landwirtschaftlich benutzten Fläche hat sich gegenüber der Erhebung von 1907 kaum verändert; dagegen ist der Anteil der sogenannten guten Weiden von 2,1 auf 3,8 Prozent gestiegen. Der Anteil des Ackerlandes selbst ist von 55 auf 50 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang des Ackerlandes muß geringer sein, da die Landwirtschaft bei der Erhebung vom 16. Juni 1925 aus mancherlei, besonders steuerlichen Gründen, die Ackerfläche zu gering angegeben hat. Trotzdem ist eine wesentliche Verschiebung zu Gunsten des Gartenlandes eingetreten. Sie prägt sich besonders in der Größenklasse von 5 bis 50 Ar aus. Der Anteil der landwirtschaftlich benutzten Fläche hat sich von 59,1 auf 67,1 Prozent erhöht. Die Erklärung ist darin zu suchen, daß sich die als Gartenland benutzte Fläche gegenüber 1907 um 12 Prozent auf 16,2 Prozent steigerte. Hier findet die Kleingartenbewegung also als Faktor in der Bodenkultur zahlenmäßig den besten Ausdruck.

Die Kleingartenbewegung erscheint aber in wesentlich anderem Lichte, wenn man bedenkt, daß bei unseren bisherigen Aufstellungen Kleingärten, soweit sie eine Fläche unter 500 qm bewirtschaften, nicht berücksichtigt worden sind. Am 16. Juni 1925 wurden aber nicht weniger als 1 072 023 solcher Kleingärten ermittelt. Bei der Zählung im Jahre 1907 wurden nur rund 400 000 Betriebe von unter 500 qm (gleich 5 Ar) mit noch nicht ganz 10 000 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche ermittelt. Die 1925 gezählten 1 072 023 Kleingärten hatten dagegen zusammen eine landwirtschaftlich, d. h. gärtnerisch benutzte Fläche von 28 000 Hektar; selbstverständlich ist, daß 1907 die Kleingärten nicht mit derselben Genauigkeit erfaßt worden sind wie 1925. Selbst wenn man die Zunahme zu einem wesentlichen Teil auf die 1925 benutzten besseren Erhebungsmethoden zurückführt, ergibt sich eine ganz gewaltige Zunahme der Kleingartenbewegung. Auch die starke Zunahme, welche die ausschließlich gärtnerisch benutzten Betriebe von über 5 Ar bis 50 Ar gegenüber der Zählung von 1907 erfahren haben — sie vermehrten sich von 288 000 ar 483 000 — bestätigen das von uns Gesagte.

Welchen wichtigen Faktor die Bearbeitung des Bodens in unserer Wirtschaft und vor allem in unserem sozialen Leben darstellt, geht aus folgender Tatsache hervor: Rechnet man die Kleingärten von unter 5 Ar mit den 5,14 Millionen Land- und Forstwirtschaftsbetrieben zusammen, so ergibt sich, daß 6,2 Millionen Haushaltungen in größeren oder kleinerem Umfange an der land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Bewirtschaftung des deutschen Grund und Bodens unmittelbar beteiligt sind. Es sind reichlich 40 Prozent sämtlicher Haushaltungen in Deutschland, die demnach für eine vor allem gartenmäßige Bodenbearbeitung in Frage kommen.

Die Polypenarme des Zündholztrustes.

Die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten Poincare bei der Behandlung der Verpachtung des Zündholzmonopols an den Schwedentrust zeigen, wie ohnmächtig die Staatsmacht Riesenunternehmungen, wie der Schwedische Trust es ist, gegenübersteht. „Die Regierung — so führte Poincare aus — hat sich für die Verpachtung eingesetzt, weil die Patente der modernen Zündholzmaschinen sich im ausschließlichen Eigentum des Schwedentrustes befinden. Auch das Aspenholz zur Herstellung der Zündhölzer muß aus dem Ausland, und zwar ebenfalls nur aus dem Besitz der Schweden eingeführt werden. Auf allen Wegen stößt man auf den Trust — ein Auslandswettbewerb ist mit ihm ausgeschlossen." Die Parlamentsmehrheit ließ sich durch diese Argumente nicht überzeugen und lehnte den Regierungsentwurf ab.

Neues Unwetter in Schlesien. In unaufhörlicher Folge werden beide schlesische Provinzen von Unwettern heimgesucht, deren Auswirkungen sich bis zur Stunde noch gar nicht übersehen lassen. Besonders schwer häufen sich die Unwetter in der Liegnitzer Gegend. In Neuburg wurde eine Frau vom Blitz erschlagen. Mehrere Personen wurden verletzt. Ueber Breslau ging Sonnabend früh zwischen 7 und 8 Uhr ein schweres Gewitter mit anderthalbstündigem wolkenbruchartigem Regen nieder, der abermals neue Ueberschwemmungen verursachte. Der Verkehr von den Vorstädten nach der Stadt ist teilweise unterbrochen. — Die schweren Unwetter im gesamten Gebiet des Eulengebirges tragen katastrophalen Charakter. Namentlich der Ort Peilau ist schwer heimgesucht. In Reichenbach geht die Peile über 3 bis 4 Meter hohe Ufermauern hinweg. Ganze Straßen sind überschwemmt. Aus der Gegend von Peterswaldau strömen ungeheure Wassermassen herab. Der Schaden der Landwirtschaft ist unübersehbar. Auch im benachbarten Glatzer Bergland wurde riesiger Schaden angerichtet. Am schwersten ist das sogen. Braunauer Ländchen in der Tschechoslowakei heimgesucht. Dort sind mehrere Wolkenbrüche niedergegangen, die Brücken und Häuser weggerissen.

Unwetter über Mittelschwaben. Ueber Mittelschwaben gingen Sonntag nacht schwere wolkenbruchartige Gewitter nieder. Besonders die Gegenden von Gessertshausen und Ziemetshausen wurden furchtbar heimgesucht. Der Hagel prasselte dreiviertel Stunden lang nieder und bedeckte weite Strecken 20 Zentimeter hoch, so daß die Fluren einer Winterlandschaft glichen. Die in Flüssen und Bächen sich heranwälzenden Wassermassen drangen in die Wohnungen ein. Fast die gesamte, zu großen Hoffnungen berechtigende Ernte wurde vernichtet. Schwer heimgesucht wurde auch der Bezirk Wertingen. Hier ist ein Schaden an der Ernte bis zu 70 bis 80 Prozent festgestellt. Glücklicherweise wurden Menschenleben nicht vernichtet.

Brücken-Einweihung und — Einsturz. Aus Valencia wird gemeldet, daß eine neuerbaute Brücke bei dem Dorfe Alarey in dem Augenblick einstürzte, als im Beisein zahlreicher offizieller Persönlichkeiten ihre Einweihung vorgenommen wurde. Neun Personen wurden getötet, zahlreiche verletzt.

Streikbare Wurstmagen. Vor dem Hause Hermannstraße 211 in Berlin-Neukölln war in einer der letzten Nächte ein heftiger Streit zwischen zwei „fliegenden Wursthändlern" um den lohnenden Standort ausgebrochen. Keiner wollte dem andern weichen. Nachdem sich die beiden lange genug beschimpft hatten, zog der eine, der 47 Jahre alte Eugen Nagzjowski aus der Berliner Straße 48, seinen Revolver und gab auf seinen Konkurrenten, den 40 Jahre alten Bruno Epstein einen Schuß ab. Statt des Gegners traf er aber einen unbeteiligten Zuschauer, den Arbeiter Richard Fugaus in den linken Fuß. Jetzt ergriff der Wursthändler die Flucht und warf seinen schweren Kessel, Würstchen, Mostrichtopf und Brötchen von sich. Trotz seiner Spende ließen sich die Verfolger nicht aufhalten, sondern stellten ihn und übergaben ihn der Polizei. Auf dem Revier ergab sich, daß der Inhalt des Wurstkessels zahlreiche Liebhaber gefunden hatte, mehr noch, daß ein ganz großer „Feinschmecker" sogar den Spiritus der Wärmelampe ausgetrunken hatte.

Freigesprochen — nach der Hinrichtung. Durch das Kriegsgericht der 3. französischen Division wurden im Mai des Jahres 1915 vier Soldaten vom 7. Infanterie-Regiment zum Tode verurteilt, weil sie angeklagt waren, während der Kämpfe in der Champagne vor dem Feinde ihren Posten verlassen zu haben. Vergebens be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270720-15/fragment/page=0007

mußte sich der Verteidiger, der Kriegsgerichtsrat Poulle, dem die Anklage auf zu schwachen Füßen zu stehen schien, die Schuldlosigkeit der Angeklagten Farjonnet, Marcel, Perrin und Daspe nachzuweisen. Es wurde dem Anklageantrage Folge gegeben und die Todesstrafe verhängt. Kriegsgerichtsrat Poulle ließ aber die Sache nicht ruhen. Er setzte ein Wiederaufnahmeverfahren durch, in dem die völlige Unschuld der Angeklagten nachgewiesen wurde. Sie wurden sämtlich freigesprochen. Leider konnte dieses Urteil den Beteiligten nicht mehr viel nützen, denn — alle vier waren bereits am 28. Mai 1915 bei Maffrevourt standrechtlich erschossen worden.

Flugzeuge zur Rettung Schiffbrüchiger. In Amerika hat man in den letzten Wochen bemerkenswerte Versuche über die Verwendung von Flugzeugen bei der Rettung von in Seenot geratenen Schiffen angestellt, die von den Fachzeitschriften als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden. Die gegenwärtigen Methoden, Rettungs- und Schleppleinen von einem Rettungsfahrzeug auf das in Seenot befindliche Schiff zu bringen, sind noch keineswegs vollkommen. So berichten die amerikanischen Blätter im Zusammenhang mit den Versuchen von einem Vorfall, wo 27 Mal vergeblich versucht worden war, einem Zerstörer der Marine, der auf einen Felsen an der Pazifischen Küste aufgelaufen war, Rettungsleinen an Bord zu geben. Hier kann das Flugzeug willkommene Hilfe leisten. Bei den Versuchen startete beispielsweise ein Landflugzeug, das das freie Ende einer mehr als 1000 Meter langen Rettungsleine an Bord hatte, und warf diese Leine über einem in Seenot geratenen Fahrzeug ab, so daß es sein gewünschtes Ziel erreichte. Die Versuche lassen es als möglich erscheinen, daß ein Flugzeug auch starke Stahlkabel zu einem in Seenot befindlichen Schiffe bringen kann und zwar bis auf eine Entfernung von 1500 bis 3000 Meter. Wenn die weiteren Versuche ebenso günstig verlaufen, wie die bisherigen, dann sollen Flugzeuge fest in den Dienst der Küstenwachstellen eingesetzt werden, denen die Rettung Schiffbrüchiger obliegt. Auch für die deutschen Küsten dürfte sich eine ähnliche Einrichtung empfehlen.

Ein Bravourstückchen der Post. Einem Recklinghäuser Einwohner war es in den Sinn gekommen, die Findigkeit der Post einmal praktisch zu erproben. Er setzte sich also an die Schreibkante und schrieb einem in Ahlen wohnhaften Bekannten eine hübsche Ansichtskarte. In Stelle der Adresse klebte er nur die 5-Pfennig-Briefmarke, die bekanntlich das Bildnis Schillers trägt. Die Post folgerte ganz richtig, daß die Karte an Herrn Friedrich Schiller in Ahlen gerichtet sei, und stellte sie diesem zu.

Die glückliche Insel. Im Aermelkanal, einige Meilen von der französischen Küste entfernt, liegt die kleine Insel Sark, deren Bewohner ein eigenartiges, unter Feudalherrschaft stehendes, Leben führen. Die Herrscherin ist „Die Dame von Sark“, eine Mrs. Dudley-Beaumont, die ihrem Vater, dem „Seigneur von Sark“, in der Regierung gefolgt ist. Diese Familie beherrscht diese kleine Insel seit Jahrhunderten, auf Grund einer Verleihung, die ihr von der Königin Elisabeth gewährt wurde. Sark ist ein Land, in dem noch die ursprünglichen Zustände herrschen. Es gibt dort keine Stadt, kein Kino, kein Auto. Alle Transporte erfolgen mittels Karren. Die Sitten sind patriarchalisch. In neuerer Zeit hat Sark auch ein Parlament, das aus vierzig Grundbesitzern besteht. An Steuern besitzt Sark eine niedrige Naturalabgabe und eine ebenso bescheiden bemessene Kapitalsteuer, aus deren Ertrag die englische Krone alljährlich den ihr zustehenden Anteil von „fünfzig Schilling“ erhält.

Eine vernünftige Frau. In einer Versammlung der liberalen Frauen Englands, die sich mit dem Thema „Der Krieg und die schiedsgerichtliche Schlichtung von Streitigkeiten“ befaßte, trat Frau Lloyd George, die Gattin des früheren englischen Premierministers und jetzigen Führers der liberalen Opposition, dafür ein, daß man die Gewohnheit aufgebe, den Knaben Zinnsoldaten zum Geschenk zu machen. Man solle auf alle kriegerischen Spielzeuge verzichten. „Ich erinnere mich“, sagte sie, „daß meinem Mann eine deutsche Kanone, eine Kriegstrophäe als Geschenk zugeschickt wurde. Ein Stationschef rief mich telephonisch an und sagte, daß die Eisenbahn sie mir zustellen wolle. Ich antwortete, ich hoffe, daß die Kanone nicht in mein Haus kommen würde, da ich sie nicht sehen wollte, aber sie kam doch. Ich ließ das Geschütz nun in einem Winkel des Gartens hinter Gebüsch verstecken, so daß ich sie nicht sehen konnte. Ich vermochte mich nicht daran zu gewöhnen, diese Kanone anzuschauen, denn immer wieder mußte ich bei ihrem Anblick daran denken, wie viele englische Soldaten sie getötet hatte.“

Das Achilleion als Spielhölle. Wie aus Athen berichtet wird, ist eine Gruppe ausländischer Kapitalisten, unter denen auch deutsche Hotelbesitzer vertreten sind, an die griechische Regierung herangetreten, um das Achilleion nebst dem umliegenden Gelände auf einen Zeitraum von fünfundzwanzig Jahren zu pachten. Neben dem Achilleion soll ein Hotel mit vierhundert Zimmern errichtet werden, während an einer anderen Stelle ein Spielsaal erbaut werden soll. Das Achilleion selbst soll nicht in den Betrieb einbezogen werden, doch soll ein Teil desselben der Einrichtung eines Museums dienen. Die Gesellschaft hat ferner angeboten, eine asphaltierte Straße von Korfu nach dem Achilleion zu bauen, sowie der Bevölkerung elektrisches Licht und Kraft zu einem Preise zu liefern, der 20 Prozent unter dem jeweils in Athen bezahlten Tarif liegt. Den Einwohnern von Korfu wird der Zutritt zu der Spielbank untersagt. Von dem durch die Spielbank erzielten Gewinn soll ein Anteil von 15 Prozent der Stadtverwaltung von Korfu zur Verfügung gestellt werden. Da die Behörden von Korfu die gebotenen Garantien als ausreichend erachten, und auch der griechische Finanzminister die Befürwortung dieses Projektes zugesagt hat, so dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, wo das ehemalige Besitztum Wilhelms 2. in eine Spielbank umgewandelt wird.

Die „Unterirdischen“. In dem sibirischen Distrikt Narym wurde von den Behörden eine bisher unbekannte Sekte entdeckt, die sich den eigenartigen Namen „Die Unterirdischen“ beigelegt hat. Die Mitglieder dieser Sekte verbringen den größten Teil ihres Lebens in den Kellern ihrer Häuser, um sich dem unheilbringenden Blick ihrer Mitmenschen zu entziehen. Die Furcht vor dem bösen Blick ist überhaupt einer der Hauptmomente ihres Lebens und sie wollen jetzt weit in die Steppe hinausziehen, um sich der Berührung mit anderen Menschen nach Möglichkeit zu entziehen. In dem Grundgedanken ihres Glaubens liegt übrigens die tiefe Wahrheit verborgen, „daß man im Verborgenen leben muß, um wirklich glücklich zu sein.“

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Achtung Leipzigfahrer!

Alle Ortsgruppen, deren Mitglieder den am Sonnabend, den 13. August 17.35 Uhr von Halberstadt abgehenden Sonderzug benutzen wollen, müssen sofort die Fahrkarten für die mitfahrenden Kameraden anfordern.

Der Endtermin für die Zahlung des Reisegeldes ist auf den 1. August festgesetzt.

Die angeforderten Fahrkarten werden den einzelnen Ortsgruppen nach Uebersendung des Reisegeldes zugesandt.

Der Sonderzug hält in Wegeleben, Gatersleben, Frose, Aschersleben und wenn nötig, in Sandersleben. Die Fahrpreise von den einzelnen Stationen für Hin- und Rückfahrt sind folgende: Ab Wegeleben 5.70, ab Gatersleben 5,20, ab Frose 4.80, ab Aschersleben 4.40 und ab Sandersleben 3.80.

Die Meldungen, sowie das Reisegeld sind an den Kameraden Fr. Försterling, Halberstadt, Huystr. 15, zu richten.

An alle Ortsgruppen des Unterbezirks Quedlinburg Thale.

Werte Kameraden! Wer noch gewillt ist, an der Fahrt nach Leipzig teilzunehmen, und zwar mit dem Sonderzug, muß sich sofort beim Kameraden Behrens, Quedlinburg, Weberstraße 35, melden. Diejenigen Kameraden, welche an der Gesellschaftsfahrt von Thale aus teilnehmen wollen, müssen sich bis zum 24. Juli beim Kameraden Böttcher, Thale, Alfredstr., melden. Spätere Meldungen können dann nicht mehr berücksichtigt werden.

Auf nach Leipzig!

SAJ Soz. Arbeiter-Jugend

Wehrstedt. Heute abend findet im Heim, Neue Schule, ein lustiger Abend statt.

Sport.

Freie Volksbühne Halberstadt. Auf vielseitigen Wunsch sehen wir uns veranlaßt, nochmals die große Operette in 3 Akten „Die Winzerliesel“ neu einzustudieren. Die Proben beginnen heute abend 8 Uhr im Odeum. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Soziales.

Wie lange sucht man eine Stellung?

Verschieden lange, je nach der Sonderkonjunktur in dem betreffenden Gewerbezweige, je nach den örtlichen und persönlichen Verhältnissen eines jeden. Und doch läßt sich auch eine Durchschnittsdauer der Arbeitsuche berechnen und dabei aufzeigen, wie sie sich mit der Gesamtkonjunktur ändert. Die deutschen Arbeitsnachweise veröffentlichen jeden Monat zwei Zahlen: 1. die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden am Monatsschluß und 2. die Zahl aller im Monat in den Listen geführten Arbeitsuchenden (also auch solcher, die eingetragen und schon bald eine Stelle gefunden haben). Nimmt man das Mittel zwischen zwei Monatsschlußzahlen für die durchschnittliche Zahl der Arbeitsuchenden und errechnet man andererseits den monatlichen Abgang von Arbeitsuchenden als die Differenz zwischen der Gesamtzahl der in den Listen geführten und dem Monatsschlußbestand, so läßt sich die gesuchte Durchschnittsdauer leicht ermitteln. Wäre sie nämlich einem Tage gleich, so wäre die durchschnittliche Zahl der Arbeitsuchenden offenbar gleich einem Dreißigstel des monatlichen Abganges. Die gesuchte Durchschnittsdauer ist also gleich dem 30fachen des Verhältnisses zwischen der durchschnittlichen Arbeitsuchenden und dem monatlichen Gesamtabgang der Arbeitsuchenden. Nach dieser Methode hat das Institut für Konjunkturerforschung errechnet, daß die Zeitdauer zwischen Eintragung und Löschung in den Listen der Arbeitsnachweise betrug:

im März	1926	87 Tage
im Juni	1926	88 Tage
im September	1926	68 Tage
im Dezember	1926	98 Tage
im März	1927	54 Tage

Die hohe Dezemberzahl dürfte sich zum Teil durch den saisonmäßigen Andrang erklären. Für April 1927 läßt sich bereits eine Wartedauer von nur 34 Tagen berechnen.

Verkürzte Arbeitszeit, erhöhte Arbeitsintensität.

Der Holzarbeiterverband veranstaltete im Jahre 1926 eine Untersuchung über die Beziehungen zwischen Arbeitszeit und Arbeitsintensität, deren Ergebnisse jetzt veröffentlicht werden. Der Verband war bestrebt, den Anteil an der Steigerung der Produktivität, der allein auf die Erhöhung der Arbeitsintensität zurückzuführen ist, möglichst klar herauszuarbeiten. Zu diesem Zweck scheidet er alle die Fälle aus, in denen die Leistungssteigerung vor allem auf Verbesserungen des sachlichen Produktionsapparates, der Maschinen usw. beruhen, er berücksichtigt nur 1. Arbeitsvorgänge, die noch in der gleichen Weise ausgeführt werden wie 1914, 2. Arbeitsvorgänge, die durch Verbesserungen im Betrieb oder durch Aenderungen des Musters weniger Arbeitszeit erfordern als 1914, aber die Veränderungen sind unwesentlich und haben an der Steigerung der Arbeitsintensität nur einen bescheidenen Anteil. In allen berücksichtigten Fällen ist die Wochenarbeitszeit 1926 kürzer als 1914, mindestens um 7,7 Prozent, höchstens um 20 Prozent. Trotz dieser zum Teil beträchtlichen Verkürzungen ist die Stückleistung eines Arbeiters in der Woche nirgends zurückgegangen, sie ist sogar in den meisten Fabriken gestiegen, in manchen bis zu 80 Prozent. Die Leistungssteigerung pro Stunde ist natürlich durchwegs höher, sie erreicht in einigen Fällen fast 100 Prozent. Damit bestätigt die Praxis die theoretische Behauptung der Marxschen Gewerkschaftslehre, daß die Verkürzung des Arbeitstages die Arbeitsintensität steigert.

Gewerkschaftliches.

Zur Arbeitszeitfrage im Fleischergewerbe.

Der Bezirksverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Fleischer-(Meister-)Verband versendet zurzeit an alle Fleischerinnungen des Bezirkes Exposes, nach welchem auf Grund des Arbeitszeitnotgesetzes Tarifverträge mit den Fleischergesellen abgeschlossen werden sollen. Diese Entwürfe haben folgenden Wortlaut:

Zwischen 1. der Fleischerinnung zu ..... und 2. der Fleischergesellenschaft zu ..... vertreten durch den Gesellenausschuß wird hiermit folgender Tarifvertrag abgeschlossen.

§ 1. Die Arbeitszeit wird auf täglich 10 Stunden festgesetzt. Da es sich um Fleisch und Fleischwaren, also um verderbliche Lebensmittel handelt, richtet sich die Arbeitszeit je nach den Witterungsverhältnissen. Gegenwärtig wird aus diesem Grunde hiermit ausdrücklich anerkannt, daß das Abholen von Fleisch und Fleischwaren aus den Kühlzellen auf dem Schlachthof vor Beginn der Arbeitszeit und der Rücktransport nach Schluß der Arbeitszeit, gleich wie die Reinigung und Instandsetzung der Betriebsräume unter die im § 9 des Arbeitszeitnotgesetzes vom 14. April 1927 aufgeführten Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten fällt.

Die zu zahlenden Löhne unterliegen der freien Vereinbarung des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer. Auf eine Entschädigung für die mehrgeleisteten Arbeitsstunden, wie solche nach dem Arbeitszeitnotgesetz vorgesehen, wird, da bei dem Fleischergewerbe keine Stunden, sondern Wochenlöhne gezahlt werden, verzichtet, dagegen verpflichtet sich der Arbeitgeber alle sozialen Lasten, wie Krankenkasse, Invalidenbeiträge und Erwerbslosenfürsorge aus eigenen Mitteln voll selbst zu tragen.

(Ort), den .....

Fleischer-Innung zu ..... Der Gesellenausschuß.

Dieser Tarifvertrag kennzeichnet die Fleischermeister. Sie wollen auf diese Weise versuchen, den Strafbestimmungen des Arbeitszeitnotgesetzes aus dem Wege zu gehen. Im besonderen stützen sie sich dabei auf die nichttariffähigen Gesellenvereine. Ist schon eine Arbeitszeit von wöchentlich 60 Stunden eine hohnsprechende, so will man weiter durch die Regelung der „Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten“ eine solche bis zu 80 und mehr Stunden pro Woche sanktionieren. Der Nachsatz über die Abgeltung der Ueberstunden ist besonders raffiniert abgefaßt. Der Fleischergeselle führt im Höchstfalle (!!) 5 RM von seinem Lohn an Sozialbeiträgen ab. Nach dem vorliegenden Vertrag steht also Leistung gegen Leistung! Für 5 RM pro Woche muß der Fleischergeselle bis zur Unendlichkeit Ueberstunden leisten, für die er sonst, weil ja eine achtzigstündige und mehr betragende Arbeitszeit im Fleischergewerbe Tatsache ist, mindestens 20 Ueberstunden mit 25 Prozent Aufschlag bezahlt erhalten müßte. In der Praxis muß das ein recht einträgliches Geschäft der Fleischermeister sein. Schon die Begründung der 60stündigen Arbeitszeit spricht für sich! Bei der heutigen, auch im Fleischergewerbe hochentwickelten Technik ist es ausgeschlossen, daß Witterungsverhältnisse auf die Produktion schädigend einwirken können. Neuzeitliche Beförderungsmittel und Kühlhauseinrichtungen mindern die Gefahr des Verderbens der Lebensmittel auf das Mindestmaß herab.

Es ist also ganz offensichtlich, daß dieser Tarifvertrag in erster Linie dazu dient, die Profitinteressen der Fleischermeister nicht zu schmälern. Es sind dieselben Fleischermeister, die sonst nicht genug über die „gesetzlosen Zeiten“ schimpfen können. Den Gewerbeaufsichtsbehörden bietet sich hier eine Handhabe, endlich einmal gegen die Fleischermeister einzuschreiten, und diesen unmöglichen Tarifverträgen die Genehmigung zu versagen. Wir werden uns vor allem vorbehalten, diese Fleischermeister der Oeffentlichkeit mitzuteilen, die für diesen, gänzlich unmöglichen Tarifvertrag versuchen, Stimmung zu machen. Wir sind überzeugt, daß auch die Konsumentenschaft die Fleischergesellen in ihrem Kampf gegen rückständige Unternehmerpolitik unterstützen wird.

Zentralverband der Fleischer u. B.D.
Bezirk Halberstadt.

Rundfunk-Programme
der hauptsächlichsten deutschen Sender.

Dienstag, den 19. Juli.

Berlin. 21 Konzert des Koßleckschen Bläserchors.
Königswusterhausen. Uebertragung von Berlin.
Leipzig. 20.15 „Schwarzwaldmädel“, Operette (Uebertragung von Dresden), 22.15—24 Tanzmusik.
Hamburg. 20 Orgelkonzert.
Langenberg. Köln: Volkstümliches Konzert.

Mittwoch, den 20. Juli.

Berlin. 20.45 Kammermusik.
Königswusterhausen. Uebertragung von Hamburg.
Leipzig. 20.15 Frauendichtungen (Musik, Rezitation).
Hamburg. 20.30 Walzer- und Operettenabend.
Langenberg. 20.30 Köln: Sinfoniekonzert.

Amtliche Wetternachrichten.

ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ◕ wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, R Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, sehr leicht, leicht, schwach, mäßig, frisch, stark, steif, stürmisch, voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Amtliche Wetternachrichten der Wetterdienststelle Magdeburg.
(Nachdruck verboten.)

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch abend:

Das Hochdruckgebiet im Westen hat eine nordwestliche Luftströmung über ganz Mitteleuropa vorgeschickt, die die Temperaturen wesentlich verminderte und die über Mitteleuropa liegenden Störungen zum Teil auflöste und zum Teil ostwärts weitertrieb. Einzelne Reste sind über Nord- und Ostsee noch vorhanden. Sie stellen noch eine gewisse Gefährdung unseres Wetters dar, da sie das Bestreben haben, südostwärts weiterzuziehen und so unser Gebiet zu streifen. Im allgemeinen aber scheint sich nunmehr das Wetter etwas zu befestigen, da sich das Hochdruckgebiet im ganzen nach Osten verlagert und so zunächst Einfluß auf unser Wetter erlangt. Die befürchtete Rückkehr der Schlechtwettergebiete ist kaum noch wahrscheinlich.

Aussichten: Wolkiges Wetter, zunächst noch hier und da einzelne Regenschauer, Temperatur anfangs nur mäßig warm, aber steigend.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270720-15/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft J. V.: R. Matthens, für den übrigen Teil: Richard Matthens, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksuchhandlung (Siegerwald), Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 167. Mittwoch, 20. Juli 1927. 2. Jahrgang.

Vor zehn Jahren.

Zum 10jährigen Jubiläum der Friedensresolution vom 19. Juli 1917.

„Jeder Versuch, in Deutschland zur Vernunft zu reden und zu retten, was gerettet werden konnte, ist ja mit militärischen Knüppeln totgeschlagen worden".

(Erzberger, Nationalversammlung vom 25. Juli 1919).

An den Flügeltüren des Vorsaals zum Saal 12 im Obergeschoß des Reichstags, wo der Hauptausschuß heute noch tagt, alles durch Diener dicht abgeriegelt, im Lande draußen ein Volk, das zum Sterben müde ist, von der ungeheuren Last dreier Durchhaltejahre, an den Fronten der unaufhörliche Donner zermürbender Offensiven — unter diesen Auspizien wurde die Friedensresolution geboren. Das Volk wollte Frieden. Von den großtuerischen Versprechungen der Obersten Heeresleitung war nichts erfüllt, die sechs Monate seit der Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges im Januar abgelaufen, ohne daß England Anstalten machte, „in die Knie zu gehen". ein vierter Kriegswinter stand vor der Tür. Die Atmosphäre war bis zur Unträglichkeit gespannt.

Das Gewitter brach in den ersten Tagen des Juli los, als die Regierung wieder eine Kriegskreditvorlage einbrachte. Erzberger machte den Vorstoß, weist auf die ungeheuerlichen Rechenfehler der Marineleitung und das klägliche Versagen des U-Bootkrieges hin und fordert das, was die Sozialdemokratie vom ersten Tag des Krieges an gepredigt hatte: Verständigungsfrieden, Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Man kann die Bestürzung verstehen, die die Regierung erfaßte. Wenn das Zentrum sich auf die Seite der Sozialdemokratie schlug, war ein Schwergewicht da, gegen das sich auch ohne parlamentarisches Regiment auf die Dauer nicht regieren ließ. Der Kaiser erscheint sofort in Berlin; Ludendorff und Hindenburg folgen noch, allein Bethmann verbittet sich die Einmischung von Militärs in rein politische Fragen.

Ein ungeheures Ringen hinter den Kulissen. Die Krise ist da. Debatten im Hauptausschuß. Scheidemann spricht offen aus, was schon alle längst denken: „eine militärische Entscheidung ist unmöglich. Man muß dem Volk, das am Ende seiner Kraft ist, sagen, daß dieser unglückselige Krieg nicht etwa fortgesetzt wird, weil wir zu einem Verständigungsfrieden nicht bereit wären". Selbst Stresemann, trotz seines Annexionismus' offenbar nicht völlig erblindet, sprach von einem „Aufschrei der Menschen gegen den vierten Kriegswinter", der durch die ganze Welt geht. Oberst Bauer taucht auf. Empfänge der Parlamentarier beim Kronprinzen, die Intriguen sind im vollen Gange. Aus dem Kampf um die Verständigungspolitik wird ein Kampf um den Kanzler: Bethmann-Hollweg soll gehen. Die Annexionisten spielen ihren Trumpf aus: Ludendorff geht, wenn Bethmann bleibt. Stresemann macht sich zu ihrem und der Obersten Heeresleitung Sprecher im Ausschuß, und das Zentrum schließt sich unter Erzbergers Führung an. Die Forderung der Sozialdemokraten: Bekenntnis zum Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und gleiches Wahlrecht in Preußen, sind der einzige ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht.

Der Umstand, daß Erzberger sich zum Rufer im Streit gegen Bethmann machte, besiegelt dessen Schicksal. „Es war mir klar, daß aus einem mit weitem Vertrauen bedachten Anhänger über Nacht ein persönlicher Gegner geworden war", schreibt Bethmann darüber in seinen Memoirien. Ob Erzberger nicht sah, daß er mit dieser Forderung zum Werkzeug der Obersten Heeresleitung wurde? Jenen war Bethmann zu „schlapp", diesen erschien er zu belastet für den Friedensschluß. Der Verbindung beider Strömungen konnte er nicht standhalten. Er ging am 12. Juni nachmittags. Die dem Kaiser bereits offen angekündigten Abschiedsgesuche von Hindenburg und Ludendorff gaben den Ausschlag. Stresemann und auch Erzberger dachten an Bülow als Nachfolger. Es kam Michaelis, das willenloseste Instrument, das die Oberste Heeresleitung je in ihren Händen gehabt hat.

Es kam auch die Friedensresolution. „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Ablehnung aller Pläne auf wirtschaftliche Absperrung nach dem Krieg. Sicherstellung der Freiheit der Meere. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern". Das waren die Hauptpunkte, ein unanfechtbares Bekenntnis zu einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen. Aber es war und blieb ein Bekenntnis des Reichstags und keines der Regierung. Alles kam darauf an, auch die Reichsregierung zu diesem Bekenntnis zu bringen. Allein die Besprechungen mit der Obersten Heeresleitung und Michaelis brachten fortgesetzt die Gefahr der Verwässerung; die Oberste Heeresleitung wünschte — Hindenburgs berühmtes Wort — „mehr Pfeffer, meine Herren, mehr Pfeffer!" zu verwirklichen und vor weiteren Verstümmelungen wurde sie nur durch die entschlossene vorzeitige Publikation im „Vorwärts" behütet, nach der es kein Zurück mehr gab. Nun war sie da — aber gelebt hat sie nie, denn am Tage, wo sie feierlich im Plenum angenommen wurde, wurde sie schon entwertet und zerfetzt durch das hinterhältige Wort des neuen Kanzlers, der in seiner Antrittsrede sagte: „Die deutschen Kriegsziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie jetzt auffasse, erreichen". Damit war alles zerstört.

„Ihrer" Resolution — nicht meine, nicht unsere, nicht der Regierung Resolution! — Auch hier wieder das deutliche Abrücken, ganz deutlich gemacht durch das katastrophale „wie ich sie auffasse". Der Reichstag erstrebt . . . aber was erstrebte die Reichsregierung? Die Welt wußte, daß die Reichsregierung und nicht der Reichstag — ganz zu schweigen von den Diktatoren der O. H. — der entscheidende Machtfaktor war, auf dessen Meinung es ankam.

An diesen Fehlern krankte die Friedensresolution. Ihr Unglück war, daß sie nie gelebt hat. Eine moralische Offensive unter der Parole: „Verständigungsfrieden" wäre die beste Ergänzung der Kriegführung, eine politische Ueberflügelung wirkungsvoller als alle Frontalangriffe, gewesen. Was allein hätte es bedeutet, wenn mit ihr bei dem Frieden von Brest-Litowsk ernst gemacht worden wäre! So blieb sie ein Scheinsieg, ein Ueberrumpelungserfolg über die Rechte und OHL., die bei dem Vorstoß der Linken „untergetaucht war wie das schnellste U-Boot". Ohne feste Mehrheit, die entschlossen war, für die am 19. Juli proklamierte Grundsätze auch zu kämpfen, würde die Friedensresolution ein wertloses Stück Papier. Als der Friede von Brest-Litowsk aber kam, standen die beiden sozialdemokratischen Parteien mit ihrem Protest gegen diesen offenkundigen Annexionismus, der den Grundsätzen der Friedensresolution ins Gesicht schlug, allein auf weiter Flur.

Die Idee des Verständigungsfriedens verschwand am Horizont. Im Frühjahr 1918 schrieb der „Vorwärts": „Freiheit, nicht Eroberung, wurde uns im August 1914 verheißen, und diese Verheißung wurde im Juli 1917 wiederholt. Eroberung nicht Freiheit spricht die harte Sprache der Tatsachen heute zu uns im Mai 1918".

Es ist ein Stück Weltgeschichte, das sich um die Friedensresolution rankt und zugleich wieder einmal ein Stück deutsches Trauerspiel, denn hier am 19. Juli gabelte sich der Wegins Freie oder in den Zusammenbruch. Es war die letzte Gelegenheit, den Weltkrieg zu gewinnen, in dem man ihn nicht verlor. Zu gewinnen, in dem man den „Schrei nach Frieden" zu einem Faktor der Politik machte. Statt dessen jagte man in wahnwitziger Verblendung dem Phantom des Schwertfriedens nach. In einer Front, die von Westarp bis zu Stegerwald (!) und noch weit darüber hinaus reichte! Knüppelte jeden nieder, der nur das Wort „Verständigung" laut auszusprechen wagte, auch wenn er Erzberger hieß, der für seine Mitwirkung am Sturze Bethmanns von der OHL. mit Zensur und Drangsalierung überbelohnt wurde. Gründete die Vaterlandspartei mit Tirpitz und Kapp ausschließlich zu diesem Zweck, alles was nach Friedensresolution roch, auf der Stelle totzuschlagen, und führte nach Direktiven von oben den erbärmlichen Verfolgungsfeldzug gegen die USP. Die Schreier und Hetzer von damals werden niemals begreifen, daß ein Scheidemann und Verzichtfrieden tausendmal besser gewesen wären, als jedes Versailles.

So steht denn der 19. Juli 1917 und die Friedensresolution in ganz anderem Sinne in der Geschichte des deutschen Volkes als „dies ater schwarzer Tag" verzeichnet, als jene meinen, die in die Beschimpfungen des Herrn Ludendorff einstimmen, sie sei ein Ausdruck von „Liebedienerei vor dem Feind, Knechtsinn, unmännisches, feiges Denken".

Mit dem Vormarsch der Wahrheit hat auch die Friedensresolution längst ihre Rehabilitierung erfahren. „Die Friedensresolution konnte wenig mehr verderben, weil nichts mehr zu verderben war". Dies ist das Urteil des im Kriege freikonservativen Abgeordneten Bredt in seinem Sachverständigen-Gutachten an den Untersuchungsausschuß des Reichstages. „Sie war im Grunde nichts anderes als der Gedanke Bismarcks, als er 1866 dem siegreichen Feldherrn in den Arm fiel und über seinen Kopf hinweg den Sieg von Königgrätz zu einem Verständigungsfrieden für Oesterreich gestattete". So richtig und so verkehrt diese Erkenntnisse aber heute sein mögen, so kommen sie doch zu spät. Es heißt, daß die Geschichte nur das lehrt, daß die Völker nichts aus ihr lernen.

Hoffen wir, daß die Erfahrungen vom Juli 1917 nicht umsonst gewesen sind, dazu war das Lehrgeld, daß das deutsche Volk im Weltkriege gezahlt, doch zu schwer.

Curso Wierendorff

Abbruch des Verkehrsstreik.

Wien, 18. April. Das Leben nimmt in Wien langsam wieder normale Formen an. Die Geschäfte sind seit Montag auch im Stadtzentrum restlos geöffnet. Das Verkehrspersonal ist ebenfalls wieder voll in Tätigkeit, so daß die Straßen am Montag das alltägliche Bild zeigten. Der Streik der Eisenbahner sowie Post- und Telegraphenbeamten dauerte jedoch [illegible] Tages den Gegen- [illegible] Bundeskanzler und [illegible]katie. Nachmittags [illegible]ratischen Partei ge- [illegible]iner Sitzung zusam- [illegible]nd von Otto Bauer [illegible] **Nacht vom Montag** [illegible]t, daß der technische [illegible]n für das gesamte [illegible] der Arbeiterbewe- [illegible]tan habe. Die Ge- [illegible] von Freitag und [illegible] abgewendet. Das [illegible]cht. Er habe gleich- [illegible]icht geschwächt gehe [illegible]en sie mit Rücksicht [illegible]rer Kampfkraft ab- [illegible] in dem Beschluß der [illegible] allem in den be- [illegible]sich aus den gegen [illegible] zusammen. Ihr [illegible]mften Folgen haben [illegible]

[illegible]wieder.

[illegible]nd sämtliche Wiener [illegible] am Montag ein [illegible] irgendeine dunkle [illegible] Der linkssozialistische „Abend", der sich mit aller Schärfe gegen die Polizeiaktion wandte, wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Inzwischen war aber eine gewaltige Auflage des Blattes verkauft worden. Auch die „Arbeiter-Zeitung" ist wieder erschienen.

Die Gemeindeschutzwache.

Wien, 18. Juli. Die Gemeindeschutzwache, die man nur in den Außenbezirken antrifft, ist einheitlich schilfgrün uniformiert, sie trägt die Pistole verborgen und ist durch eine weißrote Armbinde in den Farben und mit dem Titel der Stadt Wien als Gemeindewache gekennzeichnet. Zum Leiter dieser 900 Mann starken und vorläufig nur für zehn Tage aufgestellten Gemeindeschutzwache ist der Vorsitzende des Republikanischen Schutzbundes, Nationalrat Julius Deutsch, von dem Bürgermeister, Genossen Seitz, ernannt worden. Die Gemeindeschutzwache hat bereits wiederholt bei kleineren Zwischenfällen eingegriffen und immer eine friedliche Lösung gefunden.

Der italienische Gesandte in Wien und der Vertreter eines anderen Staates — vermutlich England — haben gegen die Errichtung der Gemeindeschutzwache protestiert, weil sie angeblich dem Friedensvertrag widerspricht. Die österreichische Regierung hat auf die Proteste erwidert, daß die Errichtung der Schutzwache ohne ihre Zustimmung erfolgt sei.

87 Tote.

Die Zahl der Toten ist am Montag auf 87 gestiegen. Wahrscheinlich ist die Zahl der Opfer noch nicht erschöpft, da in den Spitälern noch eine ganze Reihe von Schwerverletzten mit dem Tode ringt.

Revision gegen das Urteil.

Wien, 19. Juli. (Eig. Funkmeld.) Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil im Schattendorfer Prozeß Revision eingelegt.

Truppenverstärkungen an den Grenzen.

Wien, 19. Juli. (Eig. Funkmeld.) Von der Südgrenze wird gemeldet, daß sowohl die Italiener wie die Jugoslawen ihre Grenztruppen um je 5 000 Mann vermehrt hätten, daß man jedoch von wesentlichen Truppenvermehrungen nicht sprechen kann. Die im Ausland verbreiteten Gerüchte von einer Intervention ausländischer Regierungen der Nachbarstaaten werden sogar von der österreichischen Regierung in das Reich böswilliger Erfindung verwiesen. Ebenso falsch ist das Gerücht, daß auf den Bundeskanzler ein Anschlag geplant gewesen sei.

Prag bleibt neutral.

Prag, 19. Juli. (Eig. Funkmeld.) Die Regierung hat am Montag erklären lassen, daß sie gegenüber den Vorgängen in Wien strengste Neutralität beobachten werde und daß alle Gerüchte über eine Intervention falsch seien.

Der Grenzübertritt nach Italien gesperrt.

Berlin, 19. Juli. (Eig. Funkmeld.) Wie die „Vossische Zeitung" meldet, soll der Grenzübertritt nach Italien für Oesterreicher, gleichgültig, ob sie ein Einreisevisum besitzen oder nicht, seit Montag vormittag gesperrt worden sein.

Ein Telegramm der französischen Partei.

Paris, 19. Juli. (Eig. Funkmeld.) Der Generalsekretär der sozialistischen Partei und der Abgeordnete Blum der sozialistischen Kammerfraktion haben an den Bürgermeister von Wien, Gen. Seitz, folgendes Telegramm gerichtet: „Die französische sozialistische Partei drückt den Arbeitern, die Opfer der Bewegung wurden, ihr Beileid aus und versichert der österreichischen Demokratie ihrer brüderlichen Sympathie in diesen ernsten Tagen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270720-15/fragment/page=0009